

# SPARTAKIST

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS



Nr. 68

1. MÄRZ 1990

DM 1,-/1 Mark der DDR

Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten)

Die SpAD wurde gegründet von der Trotzlistischen Liga Deutschlands und Mitgliedern der Spartakist-Gruppen, 21. Januar 1990

## Beschwichtigung des Imperialismus



Kohl und Gorbatschow sind sich einig, daß kapitalistische Wiedervereinigung Deutschlands „unumgänglich“ sei (links). Rechte Nationalisten in Leipzig (rechts) schwenken Fahne mit den Grenzen von Hitlers Drittem Reich

dpa

AP

# Gorbatschow beugt sich einem vierten Reich

Die DDR ist Zielscheibe einer künstlichen Destabilisierungskampagne von noch nie dagewesenem Ausmaß, betrieben von den imperialistischen Mächten. Sie wollen die DDR dadurch in einen Anschluß an die kapitalistische BRD jagen. Macht euch klar: Es geht um nichts Geringeres als die Konterrevolution. Dies würde den gefährlichsten Kriegshetzern Mut machen, von den westdeutschen Revanchisten bis hin zum Pentagon und dem Weißen Haus, die alle darauf aus sind, die Sowjetunion zu zersetzen und als antikapitalistischen Staat zu zerstören, und die weiterhin mit einem atomaren Krieg drohen. Dennoch befürwortete die Modrow-Regierung am 13. Februar eine Währungsunion unter D-Mark-Herrschaft, um eine Wiedervereinigung zu verwirklichen, über die niemand auch nur abgestimmt hat; gleichzeitig gab Gorbatschow der „deutschen Einheit“ und einem Truppenvorteil der USA in Europa seine Zustimmung.

Die Arroganz der imperialistischen Einschüchterungskampagne und die Perfidie der sich auflösenden stalinistischen Bürokratien, die sich davor beugen, können gar nicht stark genug betont werden. BRD-Kanzler Kohl sagt der DDR: Ihr müßt die Kontrolle eurer Wirtschaft den Frankfurter Bankern übergeben; Modrow sagt: in Ordnung. US-Präsident Bush sagt der UdSSR: Ihr zieht eure Truppen ab, wir behalten unsere und annektieren auch noch euren Hauptverbündeten; Gorbatschow sagt: klingt vernünftig. Jetzt besteht die NATO darauf, ihre Streitkräfte, wenigstens aber die Bundeswehr, direkt an die polnische Grenze, an die Oder-Neiße-Linie vorzuschieben. Das Weiße Haus gibt zu, daß es überrascht darüber war, mit welcher Hast die Sowjets gespurt haben.

Die Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands (SpAD)  
Fortgesetzt auf Seite 2

## Nein zum D-Mark-Anschluß!

## Viertes Reich...

Fortsetzung von Seite 1

erklärte am Vorabend dieser unheilvollen Ereignisse:

„Angesichts einer handlungsunfähigen DDR-Führung und eines Gorbatschow, der eine Position nach der anderen aufgibt, sind die deutschen, britischen und amerikanischen Imperialisten zur Übereinstimmung gekommen, daß sie durch einen Propaganda-Blitzkrieg erobern können, was sie früher nur durch einen NATO-Blitzkrieg glauben erreichen zu können. Wenn sie dabei Erfolg haben, wird das auf Kosten von großen Teilen der DDR-Bevölkerung sein. Sie versuchen, Chaos zu schaffen, um den Arbeiterstaat DDR zu zerstören. Die Errichtung einer Wirtschaft mit gesellschaftlichem Eigentum im Herzen Europas ist eine historische Errungenschaft, die verteidigt werden muß.“  
(Arbeiterpressekorrespondenz Nr. 23, 15. Februar)

Wir riefen in dieser Erklärung die Werktätigen der DDR auf, „bei den Wahlen am 18. März eine überwältigende Stimme gegen die kapitalistische Wiedervereinigung abzugeben, und jetzt damit zu beginnen, sich zu organisieren und sich in den Fabriken und auf den Straßen gegen den imperialistischen Angriff zu Wehr zu setzen.“

Wir betonen: Die Volkskammerwahlen sind ein Volkstentseid über die Existenz der DDR, wenn auch ein verzerrter. Unsere Kandidaten stehen ein für ein Klassenkampfprogramm gegen die kapitalistische Wiedervereinigung. Die Werktätigen der DDR haben keine Alternative zum Ausverkauf der proletarischen Errungenschaften als eben diesen Kampf. Von allen anderen Parteien und Kandidaten verlangen wir eine klare, schriftliche Stellungnahme zur Wiedervereinigung. Über die Parteigrenzen hinweg lautet die Hauptfrage für die Werktätigen in Deutschland heute: Für oder gegen die Wiedereinführung des Kapitalismus in der DDR. Wo die SpAD keine Kandidaten aufstellen kann oder wenn Wähler ansonsten von unseren allgemeinen Auffassungen so entfernt sind, daß sie deshalb nicht für unsere Liste stimmen wollen, rufen wir zu einer Stimme für solche Listen auf, die sich klar gegen die kapitalistische Wiedervereinigung verpflichten, die soziale und politische Integrität der DDR aufrechterhalten und ihre sozialen Errungenschaften verteidigen.

Die Bonner Kampagne, eine Währungsunion durchzusetzen, ist eine tödliche Gefahr für die Werktätigen der DDR. Sobald Modrows Kapitulation von den Medien ausgestrahlt wurde, bildeten sich lange Schlangen vor Banken: die Werktätigen fürchteten, ihre Ersparnisse würden über Nacht wertlos. Sogar westliche Ökonomen geben zu, daß eine Deutsche-Bank-Republik Millionen Arbeitslose und massiven Lohnabbau mit sich bringen würde. Die Panikmache über einen Zusammenbruch der DDR, orchestriert direkt vom Bonner Kanzleramt im Verbund mit der SPD, soll den Weg ebnen für einen Kauf der DDR zu Niedrigpreisen.

Dies ist eine klassische Destabilisierungskampagne nach dem Muster von Chile, um die DDR-Arbeiter zu demoralisieren und zu paralisieren, kombiniert mit Goebbels' Technik der Großen Lüge: der Behauptung eines unmittelbar bevorstehenden Zusammenbruchs. Doch wenn man sich als DDR-Bürger umschaut, stellt man fest, daß nichts von dem stimmt. Sogar ein „erfahrener westlicher Diplomat“ wird so zitiert: „Sie sind nicht am Rande des Abgrundes. Es gibt Lebensmittel in den Läden, Strom und Wasser gibt es wie gewöhnlich, der Müll wird abgeholt, die Straßenbahn und die Busse fahren.“ Vergleicht das nur mit Polen, wo es jetzt unter der IWF-Austerität Hunger, Massenarbeitslosigkeit, Fabrikschließungen und dergleichen gibt.

Der Feldzug von Kohl/SPD, die DDR zu schlucken, erinnert in vieler Hinsicht an die Kampagne Adolf Hitlers, 1938 die Tschechoslowakei zu zerstückeln. In jenem Mai bereitete der deutsche Generalstab eine Direktive vor: Sie sah eine Propagandakriegführung vor, die den Widerstand der Tschechoslowaken zermürben sollte, sowie einen Wirtschaftskrieg, um den Zusammenbruch zu beschleunigen. Goebbels' Propagandaministerium fabrizierte Geschichten über „tschechischen Terror“ gegen die deutsche Minderheit im Sudetenland. Die Drohung eines deutschen Überfalls überzeugte die britischen und französischen Herrscher, daß die einzige Alternative zu einem Krieg mit dem Dritten Reich darin bestand, die Zerstörung ihres Verbündeten, der ČSR, zu akzeptieren — und eben das taten sie auch mit dem Münchner Abkommen vom September 1938. Sechs Monate später marschierte die Wehrmacht in Prag ein.

Der Unterschied zu heute ist, daß die ČSR ein Junior-Partner des britischen und französischen Imperialismus war; im Gegensatz dazu ist die DDR ein Arbeiterstaat, wenn auch bürokratisch deformiert, der mit der UdSSR verbündet ist. Wenn George Bush US-Militärbasen besucht, US-UdSSR-Kriegsspiele anschaut, in ein B-52-Cockpit steigt mit den Worten: „So, zurück zum Krieg“, bereitet er Krieg gegen die Sowjetunion vor. Wenn die imperialistische Welt verkündet: „Heute Ostdeutschland, morgen Rußland“, so müssen revolutionär gesinnte Arbeiter und alle Gegner des imperialistischen Kriegs dies mit einem mächtigen „Nein!“ beantworten. Und trotz des gegenwärtigen Wiedervereinigungsrausches werden sie nicht die einzigen sein, die dies tun.

Helmut Kohl brennt es unter den Nägeln, der erste Reichskanzler seit Adolf Hitler zu sein, und Westdeutschlands Drang nach Osten läßt die Welt erschauern. Als die polnische Regierung vom „2+4“-Plan Westdeutschlands erfuhr (zuerst Verhandlungen zwischen den

## SPARTAKIST



herausgegeben von der  
**SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS**  
Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten)

REDAKTION: Marianne Clemens (herausgebende Redakteurin),  
Barbara Köhler, Gunther Melt, Len Markow, Renate Müller,  
Jan Norden, Mark Richard, Carola Rosen, Max Schütz  
(Vorsitzender), Fred Zierenberg

PRODUKTION: Herbert Bäck

VERTRIEB: Stephan Fröhlich

PRESSERECHTLICH VERANTWORTLICH: C. Rosen,  
2000 Hamburg 74

Erscheint im Verlag Avantgarde GmbH, Postfach 11 02 31,  
2000 Hamburg 11

Postgirokonto Frankfurt/Main 119 88-601

Tel.: Redaktion (0 40) 33 17 94

Vertrieb (0 40) 32 36 44

Fax (0 40) 33 01 54

Abonnement: DM 10,— / 10 Mark der DDR  
(8 Ausgaben) Ausland Seepost DM 15,—  
Luftpost DM 30,—

Signierte Artikel entsprechen nicht unbedingt in allen Punkten der  
Auffassung der Redaktion.

*Spartakist* erscheint vorübergehend in einem technisch  
vereinfachten Format.

Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb  
ISSN 0173-7430

beiden deutschen Staaten, dann zwischen den vier alliierten Mächten im Zweiten Weltkrieg), verlangte sie, daran teilzunehmen, und eine Garantie der Oder-Neiße-Grenze. Bonn erwiderte, die Beteiligung Polens wäre „nicht sinnvoll“, Deutschland stelle (gegenwärtig) keine territorialen Ansprüche. Kein Wunder, daß zwei von drei Polen gegen die deutsche Wiedervereinigung sind, und daß viele davon überzeugt sind, sie wäre das Vorspiel eines dritten Weltkriegs. Kein Wunder, daß Warschau den Verbleib von sowjetischen Truppen in der DDR wünscht. Man stelle sich einen Hitler mit Atomwaffen vor.

Nicht nur Deutschlands Nachbarn erschauern vor dem stürmischen Drang in die Wiedervereinigung. Der Bevölkerung der DDR dämmert es, daß die D-Mark reinzuholen nicht Audis für alle bedeutet (noch nicht einmal VWs), sondern den Verlust des Arbeitsplatzes, der Wohnung und vieler sehr realer sozialer Errungenschaften. In diesen Tagen demonstrierten in Berlin Eltern und Kinder gegen die Streichung von kostenlosen Mahlzeiten und die Abschaffung von Kinderhorten in den Schulen. Wie wir in *Arprekorr* berichteten, traten Elektroarbeiter, darunter eine Gruppe vietnamesischer Kollegen, im Berliner VEB EAW in einen Warnstreik, um gegen drohende Entlassungen zu protestieren. EAW-Direktor Puppe verhandelte mit Kapitalisten

aus dem Westen und stellte fest, daß er 3000 bis 4000 Arbeiter vor die Tür setzen könnte.

Im letzten Stadium seiner Auflösung ist das stalinistische SED-(jetzt PDS-)Regime dabei, die vergesellschaftete Wirtschaft und den Arbeiterstaat zu zerstören und wirft beides über Bord. DDR-Arbeiter müssen in Aktion treten, in Form von Fabrikbesetzungen und der Organisation von Arbeiterkontrolle, um die Produktion aufrechtzuerhalten und einen Ausverkauf zu verhindern. Mit dem Aufbau eines Arbeiterstaats auf den Trümmern des Hitler-Faschismus haben sie Großartiges geleistet: Nicht nur ist der Lebensstandard hier höher als in einem Großteil Westeuropas, auch kann die Industrie Konsumgüter und Werkzeugmaschinen jeder Art produzieren, auch eine hochentwickelte Computerbranche existiert. Die Verzerrungen rühren nicht nur von der bürokratischen Willkür her, sondern auch von der Autarkie, der nationalen Selbstgenügsamkeit, die auf das Fehlen einer wirklichen internationalen zentralisierten Planung zurückzuführen ist. Um einen Anfang zu machen: anstatt das Land an das kapitalistische Westdeutschland auszuverkaufen, wäre eine Übergangsperspektive, auf eine wirkliche und gleichberechtigte Integration der DDR-Wirtschaft in die der UdSSR zu drängen — die Antwort der

Fortgesetzt auf Seite 8

# Wählt Spartakist am 18. März!

Wir wenden uns an alle, die gegen den Ausverkauf der Deutschen Demokratischen Republik kämpfen wollen. Wählt Spartakist-Arbeiterpartei bei den Volkskammerwahlen am 18. März! Gebt ein mächtiges „Nein!“ zur kapitalistischen Wiedervereinigung! Kämpft mit uns für eine kommunistische Zukunft!

Helft uns, ein eindrucksvolles Nein zur kapitalistischen Wiedervereinigung zu organisieren! Helft uns bei der Mobilisierung der Werktätigen zur Verteidigung ihres Eigentums, ihrer sozialen Errungenschaften, ihrer Zukunft! Arbeiter und Arbeiterinnen, Soldaten, Jugendliche, Rentner, schließt euch unserer Kampagne an und bringt sie in eure Fabriken und Arbeitsstellen, eure Kasernen und Schulen, die Jugendklubs und Gewerkschaften, in euren Wohnbezirk. Kommt zum Spartakist-Treffpunkt in Treptow!

Wenn du das Wahlprogramm der Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands unterstützt, wenn du gegen die kapitalistische Wiedervereinigung kämpfen willst, dann beteilige dich an unserer Kampagne und unterstütze sie

## Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands

# Wählt SPARTAKIST

Nein zur kapitalistischen Wiedervereinigung!  
Für ein Arbeiterrätedeutschland!

Wir wenden uns an alle, die gegen den Ausverkauf der Deutschen Demokratischen Republik kämpfen wollen. Wählt Spartakist-Arbeiterpartei bei den Volkskammerwahlen am 18. März! Gebt ein mächtiges „Nein!“ zur kapitalistischen Wiedervereinigung. Kämpft mit uns für eine kommunistische Zukunft!

gen werden Kohl & Co. bombardieren Deutschland Ost und West mit einer monströsen Panzerarmee. Die stalinistische Herrschaft ist zerfallen, doch nun soll sich der Zusammenbruch der DDR-Wirtschaft...

mit sehr notwendigen finanziellen Beiträgen. Schicke deine Spende an:

Konto der Spartakist-Gruppen, Sparkasse der Stadt Berlin, Konto-Nr. 6652-40-700-955, Kennwort „SpAD“ oder an: F. Zierenberg, Konto-Nr. 2 119 766 00, BLZ 500 800 00 Dresdner Bank, Frankfurt/Main

- Ich möchte — Wahlbroschüren zum Verteilen
- Ich möchte — Spartakist-Plakate
- Ich möchte — DM/Mark spenden
- Ich möchte die SpAD-Wahlkampagne wie folgt unterstützen: \_\_\_\_\_

Name \_\_\_\_\_  
Straße \_\_\_\_\_  
PLZ \_\_\_\_\_ Ort \_\_\_\_\_  
Tel.: \_\_\_\_\_

## Kontaktadressen für Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands und Spartakist-Gruppen

SpAD, c/o Verlag Avantgarde, Postfach 11 02 31, 2000 Hamburg 11

D. Bartels  
Postamt Berlin 15, Postlagernd  
Corinthstr. 51, Berlin 1017

Postfach 21 07 50  
1000 Berlin 21  
Tel. (0 30) 8 82 39 64

Spartakist-Gruppe  
Postfach 24  
Greifswald 2200

Spartakist-Gruppe  
HPA Rostock, Postlagernd  
Rostock 01, Rostock 2500

# Verteidigt die Antifaschisten von Moabit!

Hamburg, 15. Februar 1990

Liebe Freunde,

mit diesem Brief wollen wir Euch über den Verlauf des Ermittlungsverfahrens gegen die Antifaschisten von Moabit und unserer Verteidigungsarbeit informieren.

Ihr erinnert Euch: Während des Westberliner Wahlkampfes, in dem die Republikaner ihre rassistische „Todeslied“-Kampagne führten, unternahmen sie am 14. Januar 1989 eine bewaffnete Provokation auf Gäste eines Moabiter Restaurants. Dort hatte die Trotzistische Liga Deutschlands (heute: Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands) zuvor ein antifaschistisches Video gezeigt. In der Folge wurde gegen acht *Opfer* dieses Republikanerangriffs ermittelt wegen Landfriedensbruch, Körperverletzung, Nötigung bis zu Beleidigung (weil die Republikaner zu Recht Faschisten genannt wurden).

Inzwischen wurde gegen sechs Freunde und Genossen das Ermittlungsverfahren eingestellt. Das ist ein Erfolg. Aber gegen zwei der Antifaschisten soll Anklage erhoben werden, und zwar gegen Renate Dahlhaus und Michael Philippsen. Genossin Dahlhaus war eine Sprecherin der TLD auf der antifaschistischen Massendemonstration in Treptow am 3. Januar.

Die Anklagen sollen erhoben werden insbesondere aufgrund der Aussagen von Carsten Pagel, dem Führer des Überfalls in Moabit! Dieser Pagel wurde gerade in der Nachfolge des geschätzten Bullen Andres Republikaner-„Führer“ in Westberlin — nach diversen innerparteilichen Kämpfen nach Art der Republikaner, die, wie bekannt, Gewalt nicht nur gegen Gegner, sondern auch untereinander anwenden.

Mordanschläge, Provokationen, Schändungen von antifaschistischen Gedenkstätten häufen sich, auch in der DDR, wo die Faschisten auf der chauvinistischen Welle massiv hinschwappen wollen.

Zwei Zeugen des faschistischen Überfalls erstatteten Anzeige: wegen gefährlicher Körperverletzung (die Republikaner hatten die Zeugin zu Boden geschlagen und danach auf sie eingetreten); außerdem gegen den Republikaner Bert Handschumacher, der Gäste des Lokals mit einer Waffe bedrohte.

Liebe Freunde, Ihr habt schon zuvor durch Eure Unterschrift und auch durch Geldspenden Eure Solidarität gezeigt. Wir haben bisher etwa 200 Unterschriften, insbesondere ist es uns gelungen, die Unterstützung politischer und gewerkschaftlicher Immigrantensorganisationen sowie gewerkschaftlicher Gruppen und Funktionsträger zu bekommen. Eine Liste der bisherigen Unterstützer liegt bei. Wir brauchen aber noch viel mehr Unterstützung dieser Art, um zu verhindern, daß die beiden Antifaschisten wegen ihres Protests gegen das faschistische Pack ins Gefängnis müssen! Die Anklagen gegen die Antifaschisten von Moabit müssen sofort fallengelassen werden!

Eine erfolgreiche Verteidigung kostet auch viel Geld. Bisher sind DM 4395,10 auf dem Konto des Komitees eingegangen. Die Ausgaben beliefen sich bisher auf DM 4105,83. Wir bitten Euch, zu spenden, und auch in Euren Organisationen, bei Euren Freunden, Kollegen usw. zu sammeln und Unterstützung zu mobilisieren.

Mit solidarischen Grüßen

Werner Brand

## Liste der bisherigen Unterstützer

**Ich/meine Organisation fordere/fordert die sofortige Einstellung aller aufgrund der Republikaner-Provokation vom 14. Januar 1989 eingeleiteten Ermittlungen und Verfahren gegen Antifaschisten!**

**Volker Alberti**, VVN-BdA\*, Hamburg; **Antifaschistisches Plenum Saar**, Saarbrücken; **Didier-Daniel Auroi**, Lehrer und Gewerkschafter, Frankreich; **Otto Baldur**, IGM\*, Eckernförde; **Esther Bejarano**, Vorsitzende des Auschwitz-Komitees in der Bundesrepublik Deutschland e.V.\*, Hamburg; **Giovanni Bertolini**, Sekretär des Centro Culturale Concetto Marchesi\*, Milano, Italien; **Roswitha Bethge**, Hamburg; **Gianni Bombaci**, CGIL-Gewerkschaftssekretär\*, Milano, Italien; **Alexandra Brandes**, SJD Die Falken\*, Hamburg; **Wolfgang Brauer**, Mitglied des Kreisvorstandes der DKP Altona\*, Hamburg; **Lutz Brütt**, DKP\*, Hamburg; **Rolf Burgard**, Hamburg; **Luigi Cipriani**, Abgeordneter der Democrazia Proletaria\*, Italien; **Comité de défense sociale (CDDS)**, Frankreich; **Annette Cremmeu**, SNESUP\*, Frankreich; **CUT-Chile**, Hamburg; **Dr. Peter Degkwitz**, DKP-Bezirksvorstand Hamburg\*; **Demokratische Frauenorganisation Irans**, Hamburg; **Jutta Dittfurth**, Die Grünen\*; **Ernst Duschinski**, IGM\*, VVN-BdA\*, Gesellschaft BRD-CCCP\*, DKP\*, Kiel; **Thomas Ebermann**, Hamburg; **Gertrud Ehrenreich**, SPD-ÖV-Vorsitzende Ehndorf\*; **Hans-Jürgen Eisermann**, Stellvertretender ÖV-Vorsitzender DPG Kiel\*, Achterwehr; **Gisela Eisner**, Schriftstellerin, München; **Fahimeh Farsaie**, Schriftstellerin, Köln; **Frente Patriótico Manuel Rodriguez**, Hamburg; **Wolfgang**

**Gehrcke**, DKP-Bezirksvorsitzender Hamburg\*; **Adrian Geiges**, Journalist, Dortmund; **Hermann L. Gremliza**, Herausgeber Konkret, Hamburg; **Michael Grill**, Hamburg; **Franco Grisolia**, Nationaler Vorstand Democrazia Proletaria\*, Nationalkomitee der CGIL\*, Italien; **Grün-Alternative Liste (GAL) Mitgliederversammlung**, Hamburg; **Grün-Alternative Liste (GAL) Universität Göttingen**; **Gruppe ArbeiterInnenstandpunkt**, Österreich; **Zihni Gülgün**, DGB-Kreisvorstandsmittglied Flensburg\*; **Eric-Holger Hanisch**, IGM\*, BR\*, VKL Philips GmbH Hamburg\*; **Helge Harms**, DAG-Gewerkschaftssekretär\*, Hamburg; **Dr. Ludger Heid**, Dozent am Steinheim-Institut für deutsch-jüdische Geschichte\*, Duisburg; **Jockl Hoffmann**, ÖTV\*, Hamburg; **infobüro für gefangene**, Hamburg; **Info-Büro zum Hungerstreik**, Hamburg; **Kay Iversen**, IGM\*, VKL Stock Guss GmbH\*, Neumünster; **Hanno Jensen**, IGM-Vertrauensmann\*, Süderbrarup; **Kamerun Komitee e.V.**, Hamburg; **Serge Klarsfeld**, Frankreich; **Kollektiv des Buchladen Gegenwind**, Hamburg; **Komitee für soziale Verteidigung (KfsV)**; **Igor Kondracheff**, Frankreich; **Marlene Koppe**, Mitglied der Deputation für Bildung der SPD Bremen\*; **Jürgen Körösi**, IGM\*, BR Sauer\*, Hohenwestedt; **Joachim Kroll**, DKP\*, Hamburg; **Anja Kuhr**, GAL\*, ehemaliges Mitglied der Bürgerschaft, Hamburg; **Kürekci**, ÖTV\*, Flensburg; **Ali Kurtuldu**, IGM\*, BR Hauni Bergedorf\*, Hamburg; **Matthias B. Lauer**, SAG\*, SOdZDL\*, Neunkirchen; **Dr. Gerda Lederer**, Hamburg; **Adi Loose**, SPD\*, Neumünster; **Lutte Ouvrière**, Frankreich; **Holger Lüttich**, Intern. Sekretariat, Prov. Komitee für eine revolutionäre Jugendinternationale, deutsche Sektion\*; **Ernest Mandel**, Belgien; **Michael Martensen**, IGM-OJA Hamburg\*; **Noel Matoff**, Fotografin,

## Weg mit der Hexenjagd gegen die DKP!

Am 20. Februar brach die westdeutsche Polizei in mehreren Städten in die Wohnungen von DKP-Mitgliedern ein. Vorwand: eine Verleumdungskampagne, die behauptet, es existiere eine geheime Terrororganisation von DKP'lern, die aus der DDR ferngesteuert würde. Dies ist wirklicher Staatsterror von der Bourgeoisie, deren Bullen zu töten bereit sind, um ihre faschistischen Sturmtruppen zu verteidigen. Das Ziel: die Arbeiterklasse auf beiden Seiten der Grenze für eine kapitalistische Wiedervereinigung weichzuklopfen. Nachstehend drucken wir einen Protestbrief des Komitees für soziale Verteidigung ab, einer klassenkämpferischen, nichtsektiererischen Organisation für rechtliche und soziale Verteidigung; dieser Zweck entspricht den politischen Ansichten der Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands, Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga.

[per Telefax]

Hamburg, 21. Februar 1990

An die  
Frankfurter Staatsanwaltschaft

Das Komitee für soziale Verteidigung verurteilt schärfstens die BKA-Razzien gegen die DKP. Die Geschichte von einer „Geheim-Armee“ ist eine Erfindung, die an Goerings Reichstagsbrandprozeß erinnert. Sie ist ein Lügenmärchen der Geheimpolizei und eine Bedrohung für die demokratischen Rechte eines jeden. Wir verlangen die sofortige Beendigung dieser Hexenjagd.

Komitee für soziale Verteidigung  
Bernd Fiedler

Hamburg; **Eliseo Morales**, Frankfurt; **Joseph Moshe**, Hamburg; **Farzad Narimany**, Komitee gegen den Golfkrieg\*, Hamburg; **Angelika Noack**, Hamburg; **Willy van Ooyen**, DFU\*, Köln; **Prof. Dr. Norman Paech**, Hamburg; **Peggy Parnass**, Schriftstellerin; **Partisan Defense Committee (PDC)**, USA; **Volker Peters**, IGM\*, BR NWBM\*, Neumünster; **Klaus Petersen**, DGB\* VKL\*, Flensburg; **Harro Pusch**, GAL-Hamburg\*; **Kai Reiflin**, Vorsitzender der VVN Altona\*; **Angelika Reuter**, VVN\*, GEW\*, RCU\*, Hamburg; **Revolutionär Kommunistische Liga (rkl)**, Österreich; **Augusto Rocchi**, Sekretär der Metallarbeitergewerkschaft FIOM Milano\*, Italien; **Günther Rohr**, Ortsbeirat der Grünen in Rodgau 1\*; **Thomas Schönberger**, GAL-Hamburg\*; **Werner Schröder**, Geschäftsführender Vorstand VVN-BdA Hamburg\*; **Peter Schütt**, Schriftsteller, Hamburg; **Peter Schwanewilms**, GAL-Landesvorstand\*, Hamburg; **SPD Ortsverein Bremen-Mahndorf**; **Gunther Steffens**, DAG\*, Hamburg; **Petra Stengert**, Gewerkschaftsangestellte, GdED\*, Neumünster; **Mauro Tassetto**, Anarchico\*, Italien; **Rainer Trampert**, Die Grünen\*, ehemaliger Bundesvorstand, Hamburg; **Türkische Sozial Demokraten in Hamburg**; **Luise Tyroller**, GEW\*, DKP\*, Palästina-Komitee\*, Hamburg; **José M.G. Ventura**, Hamburg; **Verein der Menschenrechte in der Türkei**, Ankara; **Felix Walder**, Schweiz; **Angelo Wehrli**, Wirtschaftsreferent der GAL-Fraktion\*, Hamburg; **Siegfried Wied**, IGM\*, BR Sauer-Sundstrand\*, Neumünster; **Jean Wolff**, KPF\*, Freundschaftsgesellschaft Frankreich-DDR\*; **Eberhard Zamory**, VVN\*, Hamburg;

**UNTERSTÜTZER AUS DER DDR:** **Blamu-Jatz-Orchestrion**, Weimar; **DDR-Komitee für Menschenrechte**; **Freie Deutsche Jugend**; **Gewerkschaft Wissenschaft der Humboldt-Universität zu Berlin**; **Stephan Hermlin**, Berlin; **Gerhard Leo**, Mitglied des Präsidiums des Komitees der Widerstandskämpfer der DDR\*; **Heiner Müller**, Berlin; **Nationale Mahn- und Gedenkstätte Sachsenhausen**, Berlin; **Käthe Reichel**, Schauspielerin am Deutschen Theater, Berlin; **Sportschau des DTSB der DDR**; **Benito Wogatzki**, Vorstandsmitglied des Schriftstellerverbandes der DDR\*, Berlin;

**WESTBERLINER UNTERSTÜTZER:** **Alternative Liste (AL)**; **Andenbuch**; **Werner T. Angress**, emeritierter amerikanischer Professor; **ANTI-REPRESSIONS-GRUPPE des Bündnis gegen Faschismus, Rassismus und Sexismus**; **Antifaschistisches Aktionsbündnis**, Moabit; **Anti Fasist Genclik** (Antifaschistische Jugend von Halkevi); **AusländerInnenreferat des ASTA TU-Berlin**; **Bildungs- und Aktions-Zentrum Dritte Welt e.V.**; **Dr. Peter Brandt**, ÖTV\*, SB\*, Privatdozent für Geschichte und freier Publizist; **Buchladen Prinz Eisenherz**; **Buchladen am Savignyplatz**; **Cinti-Union Berlin**; **Demokratik Isci Birligi**, Demokratischer Arbeiterbund; **Egit, Demokrat\*** (kurdische Zeitschrift); **Gewerkschafterinnen gegen**

**Rassismus und Faschismus; Gruppe IV. Internationale; Necati Gürbaca**, IGM-Gewerkschaftssekretär\*; **Ellis Huber**, Präsident der Ärztekammer Berlin\*; **Internationaler Bund der Konfessionslosen und Atheisten e.V. (IBKA)**; **Horst Jäckel**, **Kommunistische Partei Deutschlands**; **Ismail Kosan**, AL-Ausländerbereich\*; **Kurdischer Arbeiterverein (KOMKAR)**; **Helmut Kusch**, SEW\*; **Moabiter Times**, Stadtteilzeitung; **Mehmet Özkan**, IGM\*, BR\*; **Pan Am (ÖTV) Vertrauensleute**; **Partiya Rizgariya Kurdistan Berlin**; **Alexandra Rossberg**, Hilfsstelle für ehemals rassisch Verfolgte\*; **Heinz Schröder**, 1. Vorsitzender der VVN/Verband der Antifaschisten\*; **Schwarze Rose**; **Sozialistische Einheitspartei Westberlins (SEW)**, Kreisorganisation Tiergarten; **Sozialistische Jugend Deutschlands — Die Falken**, Kreisverband Tempelhof; **Sozialistischer Jugendverband (SJV)**, Tiergarten; **Sozialistischer Schülerbund Berlin**; **TKP/M-L (Hareketi)**; **Dr. Gerburg Treusch-Dieter**, Dozentin; **Türkenzentrum**; **Verein iranischer Flüchtlinge e.V.**; **Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN/VdA)**; **Holger Wendt**, SSB\*, Falken\*, Jusos\*, AG Antifa des ASTA\*; **Brigitte Ziegler**, Betriebsräte- und Vertrauensleutekörperleitung\*; **und viele andere mehr**

\* Organisationsname nur zum Zweck der Identifikation

Stand 15. Februar 1990

**Spendet auf das Konto:**

Werner Brand, Anti-Rep-Verteidigung, Commerzbank  
Hamburg, BLZ 200 400 00, Konto 13 48267

**Kontakt und Unterschriftenlisten über:**

Hamburg (0 40) 33 17 94, Westberlin (0 30) 8 82 39 64  
Komitee zur Verteidigung der Antifaschisten von Moabit,  
c/o Werner Brand, Postfach 11 22 86, 2000 Hamburg 11

## Spartakist-Treffpunkt

Kreiskulturhaus-Treptow  
Puschkinallee 5, Berlin  
1. Stock, Raum 19

geöffnet Mo.-Do. 17-21 Uhr  
Samstag 17-21 Uhr  
Freitag geschlossen

# Trotzkisten ehren Lenin, Luxemburg, Liebknecht

*Am 14. Januar führten die Spartakist-Gruppen und die Trotzkistische Liga Deutschlands (jetzt Spartakist-Arbeiterpartei) eine öffentliche Veranstaltung zu Ehren der „3 L“ des Kommunismus in Berlin durch. Nachstehend drucken wir in leicht gekürzter Form die Rede von G. Melt für die Spartakist-Gruppen ab. Genosse Melt ist inzwischen Mitglied der Spartakist-Arbeiterpartei, Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga.*

Wer von euch Fernsehen gesehen hat, die Zeitung gelesen hat, der hat mitbekommen, daß es ab morgen Preissteigerung gibt, bei Kinderkleidung bis 150 Prozent. Dabei muß man feststellen, daß es nur der Anfang ist. In der Diskussion sind bereits Veränderungen bei Nahverkehrstarifen, bei Mieten, Dienstleistungen und anderen Gebrauchsgütern des Grundbedarfs.

Man muß weiterhin feststellen, daß es eine Verfassungsänderung gegeben hat, und es wird Gesetzesvorlagen geben, die erstens Kapitalschutz garantieren, und zweitens einen Gewinntransfer ermöglichen. Regierungschef Modrow hat in seiner Regierungserklärung [vom 11. Januar] von Arbeitskräften gesprochen, die im Zuge der Wirtschaftsreform freigesetzt werden. Das heißt, es wird Arbeitslosigkeit geben.

Für das Problem der Kapitalbeteiligung in den volkseigenen Betrieben ist jetzt auch noch das Feigenblatt dieser 49 Prozent Beteiligung fallengelassen worden. Das heißt, es gibt keine Beschränkungen nach oben. Und dieses wurde auch noch mit großer Volkskammermehrheit, wie man der Presse entnehmen kann, angenommen. Damit muß man feststellen, die Weichen sind ganz klar auf kapitalistische Restauration gestellt.

Am Donnerstag abend haben deutschnationale Kräfte vor der Volkskammer die Staatsflagge zerrissen. Das Kabinett Modrow steht dieser Wiedervereinigungshysterie machtlos gegenüber. Und zwar deshalb machtlos, weil der Wirtschaftskurs der Regierung Modrow objektiv diesen Kräften in die Hände arbeitet, ob die Regierung das will oder nicht.

## **Arbeiter- und Soldatenräte an die Macht!**

Wir haben in unserer *Arbeiterpressekorrespondenz* vom 12. Januar einen Offenen Brief an alle Kommunisten innerhalb der SED-PDS und auch außerhalb dieser Partei formuliert. Dieser Brief ist von uns als Vorschlag gedacht und enthält konkrete Angebote für Aktionseinheiten. Wir haben darin einen Hauptpunkt, neben anderen. Da geht es gegen den Ausverkauf der DDR. Wir schlagen den Werktätigen in den Betrieben eine Reihe konkreter Fragen vor, die durch die zuständigen Direktionen beantwortet werden sollen. Eine dieser Fragen habe ich nur mal so aufgeschrieben: Wer bevollmächtigt die Generaldirektoren und Direktoren eigentlich dazu, das Volkseigentum zu verschleudern? Nun, unsere Antwort darauf ist, es handelt sich um unsere Betriebe, die mit unserer Arbeit aufgebaut

worden sind. Und demzufolge müssen auch die Werktätigen, die in diesen Betrieben arbeiten, über alle ihre Belange selbst entscheiden. Das ist ein wesentlicher Eckpfeiler unseres politischen Programms. Die Entscheidungen müssen von denjenigen getroffen werden, die auch die Werte schaffen.

Deshalb meinen wir: Organisiert euch, schafft euch politische Machtorgane. Nichts anderes verbirgt sich hinter unserer Losung „Arbeiter- und Soldatenräte an die Macht!“ Eine erste wesentliche Aufgabe dieser Räte ist die Forderung nach Öffnung der Geschäftsbücher. Das heißt, die gegenwärtige wirtschaftliche Lage dieser Betriebe muß vor den Werktätigen offengelegt werden. Schluß mit diesen Geheimverhandlungen hinter dem Rücken der Arbeiter.

Lest unseren Offenen Brief und euch werden noch ganz andere Fragen einfallen. Es sollen ja nur Anregungen sein, denn jeder einzelne weiß natürlich viel besser, wo der Hase im Pfeffer liegt. Das ist klar, wir können das nicht wissen. Wir stehen jedenfalls dafür ein, und das ist unser politisches Programm. Wir haben unbegrenztes Vertrauen in die Klugheit und Urteilsfähigkeit der Arbeiter. Und ich sage es noch einmal ganz deutlich und zum Mitschreiben: Der Kurs der gegenwärtigen Regierung ist gefährlich, und er unterminiert die Grundlagen des Arbeiterstaats.

## **Brecht mit dem Stalinismus — Für eine leninistisch-egalitäre Partei!**

Am 3. Januar gab es [in Treptow] eine antifaschistische Einheitsfrontaktion, „Stoppt die Nazis!“, die von uns initiiert wurde. Eine solche Einheitsfrontaktion ist in dem Sinne Lenins kein politischer Nichtangriffspakt, sondern jede politische Gruppierung wahrt ihre eigene Unabhängigkeit. Es ist gewissermaßen eine kämpferische Einheit, in der gilt: Getrennt marschieren, vereint schlagen. Man könnte das auch anders formulieren: Völlige Freiheit der Kritik, völlige Einheit der Aktion. Das haben unsere Sprecher in Treptow zum Ausdruck gebracht und das hat manchem nicht so richtig geschmeckt, wie ja zu beobachten war.

Aber festzustellen ist, daß es erstmals in der Geschichte der DDR eine linke Opposition zur SED-PDS, zu den Nelken, zu der Vereinigten Linken [gibt] — es soll wohl auch noch eine Initiativgruppe zur Gründung einer KPD in der DDR geben —, daß eine linke Opposition ihren Standpunkt klar und eindeutig in aller Öffentlichkeit zum Ausdruck gebracht hat.

Was ist das eigentlich, die Linke Opposition? Was haben die Trotzkisten gegen den Stalinismus unternommen? Was ist eigentlich Stalinismus? Es gibt in unserer Presse eine Reihe von Veröffentlichungen in der letzten Zeit, die sich alle mit dem Stalinismus beschäftigen. Und man muß feststellen, es gibt auch eine Reihe Konfusion, denn allen diesen Artikeln ist eines gemeinsam: sie gehen am Wesen des Stalinismus vorbei.

Nun, eine erste deutliche Warnung vor einer möglichen Degenerierung eines Arbeiterstaates finden wir bereits bei

Friedrich Engels. In seinem Vorwort zu „Der Bürgerkrieg in Frankreich“, Ausgabe 1891, formuliert er sinngemäß so: Die Arbeiterklasse muß, wenn sie die politische Macht erringen will, einerseits die alte bürgerliche Staatsmaschine zerschlagen, aber andererseits sich vor ihren eigenen Abgeordneten und Beamten schützen, um nicht die politische Macht wieder zu verlieren, die sie soeben errungen hat.

Heute mit Kenntnis der Geschichte muß man sagen, daß Engels mit dieser Warnung leider Recht hatte. Es zeigte sich, daß unter kapitalistischen Bedingungen eine Arbeiteraristokratie oder eine Arbeiterbürokratie entstehen konnte. Es sollte sich aber auch zeigen, daß in einem Arbeiterstaat eine bürokratische Schicht entstehen kann, die die politische Macht widerrechtlich an sich reißt.

Nachdem die Bolschewiki unter der Führung Lenins und Trotzki die Oktoberrevolution erfolgreich durchgeführt hatten, wurde dem jungen Sowjetstaat ein imperialistischer Angriffskrieg und ein blutiger, opferreicher Bürgerkrieg aufgezwungen. In seinen berühmten Aprilthesen war Lenin sich einig mit der Position Trotzki und hatte folgendes begründet: In einem so rückständigen Land wie Rußland mit starken feudalen Strukturen ist es möglich, die bürgerlich-demokratische Revolution unter Führung der Arbeiterklasse sofort in die sozialistische Revolution überzuleiten.

Aber die Reserven der Russischen Revolution liegen nicht in Rußland selbst, sondern in der internationalistischen Hilfe der anderen Proletarier, also letztendlich in der Ausweitung der Revolution nach Westen.

### Schicksalsgemeinschaft der Deutschen und der Russischen Revolution

Besondere Erwartung hatten die Bolschewiki, und besondere Hoffnung auch, in die deutsche Arbeiterklasse. Von dort war der Marxismus gekommen, und es gab eine lange Tradition in der deutschen Arbeiterbewegung. Die Oktoberrevolution war praktisch unter der Losung begonnen worden, „Rußland ist der Funke, Deutschland wird die Flamme sein“.

Aber die Deutsche Revolution von 1918 wurde von der rechten sozialdemokratischen Führung in Blut ertränkt. Liebknecht und Luxemburg wurden umgebracht, weil sie für eine deutsche Räterepublik eingetreten sind.

In der Zwischenzeit tobte in der Sowjetunion der Bürgerkrieg weiter. Aus einer Handvoll Roter Garden, muß man sagen, schmiedete Trotzki die Rote Armee und war ja anerkannter Führer. Es war zu dieser Zeit teilweise ein sehr hartes Regime notwendig, um der tödlichen Umklammerung erfolgreich zu entgehen. Der Bürgerkrieg dezimierte aber auch die Reihen der Bolschewiki selbst. Es ist festzustellen, daß die Partei von 1923 nicht mehr die Partei von 1917 war. Mehr als 95 Prozent der Parteimitglieder waren erst nach der Oktoberrevolution Mitglied geworden.

### Konsolidierung der Stalin-Bürokratie

Eine Vielzahl von Parteifunktionären war es aus der Zeit des Bürgerkriegs gewohnt, zu befehlen und anzuordnen. Das war während des Bürgerkriegs richtig und notwendig, aber die Zeiten hatten sich geändert. Es war mittlerweile Frieden. Es hatte sich also ein Heer von Administratoren innerhalb der Partei herausgebildet. Der Sachwalter der Interessen dieser Bürokraten wurde Stalin. Er war in vielerlei Hinsicht ein idealer Sachwalter. Er war energisch, er war listig, er war verschlagen und er war ein alter Bolschewik.

Hinzu kam noch, daß in seinen Händen mehrere

Schlüsselpositionen waren. Er war einmal Volkskommissar für Nationalitätenfragen, was in einem solchen Vielvölkerstaat, wie es die Sowjetunion nun einmal ist, bedeutsam ist. Er war weiterhin Kommissar für die Arbeiter- und Bauerninspektion, er war Politbüro-Mitglied und seit April 1922 Generalsekretär der Partei. Lenin hatte nach seinem ersten Schlaganfall, und nachdem er wieder genesen war, durchaus die ungeheure Gefahr gesehen, die von der Parteibürokratie ausging.

Im Dezember '22 holte Lenin zum ersten Schlag gegen Stalin und seine Fraktion aus. Er kritisierte Stalin einmal wegen der Verfolgung der nationalen Minderheit in Georgien. Er griff Stalin in der Frage des Außenhandelsmonopols an. Am 23. Januar legte er ein Projekt über die Reorganisation der Arbeiter- und Bauerninspektion vor, und dies wurde in „Lieber weniger, aber besser“ weiter ausformuliert. Zwar wird Stalin in dieser Schrift namentlich nicht erwähnt, aber die Angriffsrichtung war völlig klar. Stalin wußte wohl, was diese Sprache bedeutete. Er wußte auch, daß er es mit einem mächtigen Gegner zu tun hatte. Am 25. Dezember oder am 4. Januar 1923 diktierte Lenin seinen Brief an das ZK, was man häufig auch als sein politisches Testament bezeichnet, wo er die Absetzung Stalins verlangte. Am 6. März ging Lenin sogar so weit, jede kameradschaftliche und persönliche Beziehung zu Stalin abzubrechen.

Den entscheidenden Schlag aber, den Lenin und Trotzki gemeinsam gegen das Triumvirat führen wollten — unter dem Triumvirat ist zu verstehen Stalin, Kamenjew, Sinowjew, die während Lenins Krankheit und nach seinem Tod die Partei führten. Den entscheidenden Schlag wollten beide auf dem Parteitag im April 1923 führen. Allein der letzte Schlaganfall, den Lenin im März 1923 erlitt, verhinderte diese Absicht.

Ich möchte mich jetzt nicht auf das Gebiet der historischen Spekulation begeben. Vielleicht war es nicht ganz richtig, daß Trotzki den Angriff auf diesem Parteitag nicht allein geführt hat. Aber man muß immer bedenken, er hoffte immer noch auf eine Genesung Lenins und war der Meinung, daß ein gemeinsamer Vorstoß wirkungsvoller sein würde. Aber, wie gesagt, keine historische Spekulation. Wir müssen bei den Tatsachen bleiben.

Von nun an waren die Bemühungen des Triumvirats, also

**Nr. 14**  
**Winter 1989/90**

Spartacist ist das Journal der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten)

Bestellt bei:  
D. Bartels  
Postamt Berlin 15  
Postlagernd  
Corinthstr. 51  
Berlin 1017

**DM 2,-**  
**2 Mark der DDR**

der Troika, darauf gerichtet, die innerparteiliche Demokratie zu ersticken und die Parteileitungen der Kontrolle durch die einfachen Mitglieder zu entziehen. Ja, mehr noch, die bürokratischen Wucherungen wurden auf den gesamten Staatsapparat ausgeweitet. Das Sowjetsystem wurde zerschlagen. Ein weiterer historischer Umstand kommt hinzu, durch den die Stalin-Fraktion ihre Macht außerordentlich konsolidieren konnte. In Deutschland war im Frühjahr 1923 wieder eine revolutionäre Situation entstanden. Die KPD wurde von einem Großteil der deutschen Arbeiterschaft unterstützt und hatte die Möglichkeit, die politische Macht, die buchstäblich auf der Straße lag, zu übernehmen. Aber die damalige Parteiführung um Brandler war sehr zögerlich und wurde zudem noch von der Kominternführung, die unter Einfluß von Stalin und Sinowjew stand, sehr widersprüchlich instruiert.

Wieder wurde also eine große historische Chance nicht genutzt. Die Deutsche Revolution 1923 fand nicht statt, jedenfalls nicht im positiven Sinne. Es bleibt also festzustellen: Die Arbeiterklasse in der Sowjetunion, vom vorherigen Bürgerkrieg stark dezimiert und auch demoralisiert, stand immer noch isoliert da. Die erhoffte und ersehnte Ausweitung der Revolution nach Westen war nicht eingetreten.

Hinzu kommen noch die bereits von mir geschilderten Umstände innerhalb der Partei, und Lenins natürlich viel zu früher Tod. Das alles machte es dieser bürokratischen Schicht möglich, die Macht in Partei und Staat widerrechtlich an sich zu reißen.

### **Mit Lenin-Trotzki: Für proletarischen Internationalismus!**

Im Jahre 1924 gingen Stalin und Bucharin, mit dem er in der Zwischenzeit ein Bündnis eingegangen war, daran, das Programm des Sozialismus in einem Land auszuarbeiten. Das war eine Theorie, die entgegen der Linie von Lenin und Trotzki stand.

Es waren immer die Trotzlisten, die schon seit den frühen 20er Jahren entschieden die stalinistische Bürokratie bekämpft hatten. Die Linke Opposition, also die Trotzlisten, standen einmal für Internationalismus, und für Industrialisierung. Aber sie verteidigten auch die Arbeiterstaaten gegen imperialistische Angriffe, auch noch nach Trotzki's Ermordung 1940 im mexikanischen Exil.

Nun, genau in dieser Tradition sind wir angetreten. Wir stehen für die Verteidigung der Arbeiterstaaten. Wir sagen aber auch: Kehrt zurück zum Weg Lenins, Trotzki's, Liebknechts, Luxemburgs! Diese Namen stehen für Sowjetherrschaft, also für eine Räterepublik.

An dieser Stelle muß ich allerdings auch sagen: wir können die Probleme der DDR nicht in der DDR selbst lösen. Es ist einerseits notwendig, sich mit der Arbeiterklasse Westberlins und der Bundesrepublik zu verbünden. Deshalb sagen wir zum Beispiel: NARVA-Arbeiter, sprecht mit euren Klassenbrüdern bei Osram. Führt gemeinsame Kampfmaßnahmen gegen den Ausverkauf der DDR durch. Denn wenn dieser Ausverkauf stattfindet, sind auch Arbeitsplätze im Westen gefährdet.

Vergeßt auf keinen Fall den Schulterschuß mit anderen Betrieben, mit den Kollegen von Elektrokohle, vom 7. Oktober, von Bergmann-Borsig, denn sie können die nächsten sein, die auf die Straße fliegen. Handelt gemeinsam mit euren vietnamesischen, polnischen, mosambikanischen Kollegen. Denkt auch daran: Eine Räterepublik in ganz Deutschland steht seit über 70 Jahren auf der Tagesordnung und wird auch

der Arbeiterklasse in der Sowjetunion, in Polen, der ČSSR usw. eine echte revolutionäre Perspektive geben.

Um dieses Programm nun von Lenin und Liebknecht und Luxemburg in die Tat umzusetzen, brauchen wir eine neue revolutionäre Partei als deutsche Sektion der internationalen kommunistischen Bewegung.

Die SED-PDS ist nicht reformfähig, weil diese bürokratischen Strukturen, die sich in den Jahren 1923/24 herausgebildet hatten, direkt auf diese Partei übertragen wurden. Sie haben immer noch das Programm des Sozialismus in einem Lande. Hinzu kommen die programmatischen Konfusionen in den Programmansätzen der letzten Zeit. Wir meinen jedoch aber auch, daß viele Mitglieder dieser Partei, und auch viele ehemalige Mitglieder, die diese Partei aus guten Gründen verlassen haben, für eine echte revolutionäre Perspektive gewonnen werden können. Deshalb haben wir unseren Offenen Brief an alle Kommunisten geschrieben, unter anderem.

Wir rufen jeden auf, der mit uns programmatisch übereinstimmt, zu uns zu kommen, Mitglied der Spartakist-Gruppen zu werden und gemeinsam mit uns dieses Programm zu verbreiten und dafür einzustehen. Im Sinne von Wladimir Iljitsch Lenin, von Karl Liebknecht und von Rosa Luxemburg ist unsere Losung zu verstehen: Für ein rotes Rätendeutschland in einem sozialistischen Europa. Es kommt nämlich — zum Abschluß — darauf an, daß wir in der DDR lernen, unsere nationalen Scheuklappen zu überwinden, daß wir wieder internationalistisch denken lernen. ■

## **Viertes Reich...**

*Fortsetzung von Seite 3*

Arbeiter auf Perestroika (sprich Ausverkauf).

Das stalinistische Schema vom „Aufbau des Sozialismus in einem Land“ war immer ein Widerspruch und eine Lüge, umso mehr in einem halben Land wie der DDR: Sozialismus ist naturgemäß internationalistisch. Schon zu Zeiten der europäischen Revolutionen von 1848, die aus der industriellen Revolution hervorgingen, war ein Weltmarkt entstanden. Daraus ergab sich für die Arbeiterklasse die Notwendigkeit, über den Nationalismus der bürgerlichen Revolutionen hinauszugehen. Ebenso wie die Erste Internationale dafür eintrat, Arbeiterkämpfe über nationale Grenzen hinweg zu vereinen, müssen heute die Arbeiter der DDR, die gegen die kapitalistische Wiedervereinigung kämpfen, den gemeinsamen Kampf mit ihren Kollegen im Westen suchen. Und ebenso wie die Pariser Kommune und Sowjetrußland unter Lenin und Trotzki ausländischen Arbeitern volle Staatsbürgerrechte gewährten, fordern wir Trotzlisten das gleiche in Deutschland heute, Ost und West.

In unserem Manifest und Kampfprogramm, veröffentlicht anläßlich der Volkskammerwahlen, warnen wir noch einmal vor dem Trojanischen Pferd SPD, die die kapitalistische Wiedervereinigung durchdrücken will, nur sozialdemokratisch-rosa gefärbt. Vor den Parteien, die (wie auch die PDS) sagen, sie wollen gegen den Ausverkauf kämpfen, die aber dann in der Praxis kapitulieren, mahnen wir zur Vorsicht. Wir sagen: „Der Stalinismus hat seinen Bankrott kläglich unter Beweis gestellt. Aber niemand hat das Recht, das durch Millionen Geschaffene an das Kapital auszuliefern! Wir müssen unsere gesellschaftlichen Errungenschaften und unseren Arbeiterstaat verteidigen. Wir haben viel zu verlieren und alles zu gewinnen!“

*Übersetzt nach Workers Vanguard  
Nr. 496, 23. Februar*

## Von Perestroika zu Pogromen

# Blutige Nationalistische Kämpfe in der UdSSR

22. JANUAR — Kommunistisches Gemetzel tobt in den kaukasischen Republiken. Um dem einen Riegel vorzuschieben, hielt es der sowjetische Führer Michail Gorbatschow für notwendig, Truppen hinzuschicken. Nach schweren Kämpfen gegen aserbajdschanische nationalistische Partisanen, die sich ihre Waffen vorher von der Armee genommen hatten, halten sowjetische Streitkräfte jetzt die Hauptstadt Baku besetzt. Die Massendemonstrationen gehen weiter, geführt von der aserbajdschanischen Volksfront, die das Gespenst der Abspaltung heraufbeschwört. Weitere sowjetische Kräfte ergreifen Maßnahmen, um die Kontrolle zu gewinnen über das Gebiet entlang der Grenze zwischen Aserbajdschan und Armenien, die zu der Frontlinie in einem grausamen Bürgerkrieg geworden ist.

In einer Ansprache an die sowjetische Bevölkerung erklärte Gorbatschow:

„Die tragischen Ereignisse in Baku, in den Grenzgebieten von Aserbajdschan und Armenien und in anderen Regionen des Kaukasus haben den Preis für nationalistischen Wutausbruch, für Spekulation mit heiligen nationalen Gefühlen bloßgelegt. Es ist ein Verbrechen, Menschen zur blinden Feindschaft und zum Wahnsinn des Bruderkriegs zu treiben.“

Das ist es wirklich. Doch die gewalttätigen Nationalismen, die jetzt die Sowjetunion auseinanderzureißen drohen, sind das Produkt von sechs Jahrzehnten stalinistischer bürokratischer Herrschaft und sind durch Gorbatschows eigene Politik noch verschärft worden.

Der unmittelbare Auslöser für die Entscheidung, Truppen zu entsenden, war das Pogrom gegen die mehreren tausend Armenier, die noch in Baku lebten. Aserischer Mob — häufig setzte er sich aus Leuten zusammen, die vor der zwei Jahre dauernden Blutfehde geflohen sind — zerrte Menschen aus der Wohnung, verbrannte sie laut Berichten bei lebendigem Leibe, schlug sie zu Tode und warf sie von Balkons runter. Manche Aserbajdschaner waren entsetzt über die Gewalttätigkeiten und setzten ihr eigenes Leben aufs Spiel, um armenische Freunde und Nachbarn vor dem blutrünstigen Mob zu verstecken. Die Zeitung der sowjetischen Kommunistischen Jugend, *Komsomolskaja Prawda*, berichtet, auf die Initiative des aserbajdschanischen Komsomol hin patrouillierten aserische Veteranen des Afghanistan-Krieges durch armenische Viertel, um weitere Pogrome zu verhindern.

Die Greuelthaten sind keineswegs einer Seite allein zuzuschreiben. Armenische Partisanen, mit Kampfhubschraubern, die sie von der sowjetischen Armee genommen hatten, haben aserbajdschanische Dörfer unter Beschuß genommen. Die Moskauer Zeitung *Iswestija* berichtete, 3000 Armenier hätten ein Dorf in Nachitschewan angegriffen, einer zwischen Armenien und Iran eingekreisten Enklave.

Die Entscheidung, Truppen hinzuschicken, traf bei der sowjetischen Bevölkerung auf weit verbreitete Zustimmung. Jedoch hat das Gorbatschow-Regime auch pazifistische Haltungen ermutigt, um seinen Rückzug aus Afghanistan zu rechtfertigen, wo die sowjetische Armee einen *fortschrittlichen* Krieg gegen die von den Imperialisten bewaffneten islamischen und Stammesfanatiker führte. So haben viele russische Eltern dagegen protestiert, ihre Söhne zur Wieder-

herstellung des Bürgerfriedens in den Kaukasus zu schicken. Als Reaktion darauf stoppte die sowjetische Regierung die Einberufung von Armeereservisten und verkündete, daß nur reguläre Militär- und Polizeikräfte bei dem Unternehmen eingesetzt würden. Das liberal-stalinistische Regime von Michail Gorbatschow hat keine *politische* Antwort auf den „nationalistischen Wutausbruch“ und den „Bruderkrieg“, den er verurteilt.

Die Entsendung von Truppen nach Aserbajdschan hat im Augenblick die Litauen-Krise in den Schatten gestellt. Doch die Abspaltung dieser baltischen Republik hätte ernste Konsequenzen für die Zukunft der Sowjetunion. Sie würde den westlichen Imperialismus enorm ermutigen bei seiner Kampagne, die UdSSR aufzubrechen und die Überreste in Neokolonien der Wall Street und der Frankfurter Banken zu verwandeln.

Sowohl Gorbatschow als auch die litauischen Nationalisten von Sajudis stellen jetzt Abspaltung hin als einfache Ausübung der nationalen Selbstbestimmung, die in der Gründungsverfassung der UdSSR von 1924 formal garantiert ist. (Dieses Recht wurde eingebaut als das Ergebnis des letzten Kampfes, den der sterbende Lenin gegen Stalins großrussischen Chauvinismus führte.) Doch das vorrangige Ziel der baltischen Nationalisten ist nicht Unabhängigkeit, sondern Einheit mit der kapitalistischen „freien Welt“. Während sie über die heilige „Unabhängigkeit“ heulen, reden sie über die Bildung eines „Baltoscandia“ — eine Union von Litauen, Lettland und Estland mit den kapitalistischen Ländern Skandinaviens. Und sie erwarten großzügige Hilfe aus den Koffern des westlichen Imperialismus. Unter dem Deckmantel von nationaler Befreiung nehmen die litauische Sajudis und die lettische sowie die estnische Volksfront Kurs auf *soziale Konterrevolution*.

Der Aufstieg von reaktionärem Nationalismus ist keineswegs auf die Peripherie der UdSSR begrenzt. Ukrainischer Nationalismus rührt sich hinter der wieder zum Leben erweckten östlich-rituellen katholischen Kirche. Der für die Zukunft der UdSSR gefährlichste Nationalismus von allen ist der des vorherrschenden russischen Volkes. Und hier haben wir das Anwachsen des faschistischen Pamjat (Gedächtnis) und anderer großrussisch-chauvinistischer Vereine gesehen, die antisemitischen Dreck ausspucken, da sie die Juden zum Sündenbock machen für das wirtschaftliche Desaster von Perestroika (Umgestaltung). Letzte Woche bahnten sich SA-Typen Marke Pamjat gewaltsam ihren Weg in die Moskauer Zentrale der Schriftstellergewerkschaft und unterbrachen eine Versammlung von antifaschistischen Intellektuellen.

Jahrzehntelange stalinistische Polizeistaats Herrschaft trampelte auf berechtigten nationalen Beschwerden und Rechten herum, während sie auch den offenen, gewalttätigen Ausdruck von Haß und Rivalität des Nationalismus unterdrückte. All dies kam an die Oberfläche, als Gorbatschow die politischen Kontrollen lockerte. Jedoch hat Perestroika vorher existierende nationale Gegensätze in großem Maße *geschürt und verschärft*. Politische Liberalisierung war verbunden mit einem Programm, das wirtschaftliche Kon-

kurrenz und ökonomisches Eigeninteresse ermutigte und die sozialistischen Prinzipien von Gleichheit, Internationalismus und proletarischer Solidarität abbaute.

Das Gorbatschow-Regime macht keinen Versuch, die armenischen und aserbaidischen Arbeiter gegen die kleinbürgerlichen Agitatoren des Völkermords aufzurufen. Und im Baltikum, wie anderswo, ist die ganze Stoßrichtung von Perestroika gewesen, Intellektuellen, Technokraten und Kleinunternehmern — der sozialen Basis der nationalistischen Bewegung — Vorteile zu verschaffen, auf Kosten der Arbeiter und Genossenschaftsbauern. Daher können die Gorbatschowschen Stalinisten nicht russischsprachige Arbeiter mit ihren litauischen, lettischen und estnischen Klassenbrüdern auf einem egalitären sozialistischen Programm vereinigen.

Der Widerstand der Arbeiterklasse gegen das verheerende Wüten von Perestroika wächst. Sibirische Bergarbeiter drohen mit weiteren Streiks. Die Situation schreit nach dem Aufbau einer wirklich kommunistischen Partei, die die sowjetische Arbeiterklasse gegen die Kräfte des mörderischen Nationalismus und der kapitalistischen Restauration vereinigen und mobilisieren kann.

### **Perestroika schürt reaktionären Nationalismus**

Der unmittelbare Auslöser des kommunalistischen Bürgerkriegs im Kaukasus war die armenische Massenagitation, den Status des Autonomen Gebiets Nagorny-Karabach zu ändern, einer bergigen Enklave mit 100 000 Einwohnern — 75 Prozent davon Armenier — innerhalb der Grenzen und unter der Zuständigkeit der aserbaidischen Republik. Nagorny-Karabach war kein isolierter Streit um Territorium, sondern ein Symptom und ein Symbol des wieder aufsteigenden armenischen Nationalismus. Armenische Bürokraten und Intellektuelle, die Elite einer wirtschaftlich relativ fortgeschrittenen Region der UdSSR, sahen sich als die auserwählten Kinder von Perestroika.

Aserbaidischer reagierte im Februar 1988 mit einem blutigen Pogrom gegen Armenier in der Stadt Sumgait, in der Nähe von Baku. Seit damals haben Terror und Gegenterror 600 000 Armenier und Aseris von ihrem Zuhause vertrieben und auf beiden Seiten damit eine Masse rachsüchtiger Flüchtlinge geschaffen. In den Augen der Aseris werden die Armenier von den Russen begünstigt, ihren christlichen Kumpeln, die sich in der Geschichte als die Beschützer der Armenier gegen den ungläubigen Türken betrachtet haben. Aserbaidische Nationalisten schauen jetzt nach Iran, wo die Mehrheit der Aseris lebt, als ihrem Beschützer. Chomeinis Bilder werden auf ihren Demonstrationen getragen, und die Pogromisten von Baku skandierten „Islamische Republik“ zusammen mit „Nieder mit den Armeniern!“ Und jetzt hat die aserbaidische Enklave Nachitschewan ihre Unabhängigkeit von der UdSSR erklärt und ihren Wunsch, ein Teil vom Iran zu sein.

Noch mehr sogar als im Kaukasus ist im Baltikum der Wiederaufstieg von reaktionärem Nationalismus direkt verbunden mit Gorbatschows marktorientiertem Wirtschaftsprogramm. Wie Armenien sind die baltischen Republiken eine relativ entwickelte Region, die bei der Perestroika eine Spitzenstellung einnimmt. Genauso wie armenische Nationalisten auf Aseris herabsehen, so sehen baltische Nationalisten auf Russen herab. Sie denken, sie werden als der östliche Rand der Europäischen Gemeinschaft eine glänzende Zukunft haben.

Viele Litauer glauben törichterweise, sie würden von den

Westmächten großzügig behandelt werden, wenn sie ihnen dabei helfen, die Sowjetunion aufzubrechen. Die Litauer täten gut daran, sich das benachbarte Polen anzuschauen, wo Solidarność' Programm der kapitalistischen Restauration die Wirtschaft runtertreibt auf ein Dritte-Welt-Niveau.

Als die Gorbatschow-„Reformer“ an die Macht kamen, brandmarkten sie die lange Zeit des Breschnjew-Regimes als die „Ära der Stagnation“ und versprachen eine neue Ära der „sozialistischen Erneuerung“. Jetzt, nach fünf Jahren Perestroika, ist die Sowjetunion zu einem brodelnden Kessel von wirtschaftlicher Unzufriedenheit und nationalen Leidenschaften geworden. Es *gibt* einen Ausweg. Es ist die Rückkehr zum proletarischen Internationalismus von Lenin und Trotzki. Als einen ersten Schritt müssen klassenbewußte Arbeiter und sozialistische Intellektuelle die Pamjat-Faschisten auf der Straße zerschlagen und alle Erscheinungen von russischem Chauvinismus und Antisemitismus mit der Wurzel ausreißen. Durch die Bekämpfung der Chauvinisten in der vorherrschenden russischen Nationalität werden sich patriotische russische Arbeiter die moralische und politische Autorität verschaffen, den anderen reaktionären Nationalismen zu begegnen, die jetzt die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken auseinanderzureißen drohen.

Im Baltikum besteht ungefähr die Hälfte der Bevölkerung in der lettischen und in der estnischen Republik — und die Mehrheit des Proletariats — aus Russen, Ukrainern, Belorussen, Juden, ethnischen Sibiriern und anderen sowjetischen Völkern. Diese russischsprachigen Arbeiter haben sich in der „Internationalistischen Bewegung“ organisiert, um baltischen Nationalismus zu bekämpfen und ihre demokratischen Rechte zu verteidigen. Doch in der Abwesenheit eines wirklich internationalistischen Programms könnte diese Bewegung leicht in russischen Nationalismus verfallen. Dieser kann keinen Anklang finden bei den lettischen und estnischen Arbeitern, deren Großeltern standhaft für die Bolschewiki waren.

Der Kommunismus hat den Aseris und anderen traditionell islamischen und turksprachigen Völkern in der Sowjetunion viel zu bieten — wirtschaftliche und soziale Modernisierung, und nicht zuletzt *die Befreiung und Gleichheit der Frauen*. Eine wirklich internationalistische massive Bemühung, die feudalistische Reaktion in Afghanistan zu zerschlagen, hätte die UdSSR zu einem Leuchtfeuer gemacht für sozialen Fortschritt im Osten. Unter einer leninistischen Führung würden, anstatt daß die sowjetischen Aseris in den Einflußbereich vom Chomeinischen Iran gezogen werden, die als Nationalität unterdrückten Aseris des Iran zur Sowjetmacht hingezogen werden. Das Programm eines unabhängigen Sowjet-Aserbaidisch, das dieses turksprachige Volk auf beiden Seiten des Araks vereinigt, würde ein gutes Stück dabei weiterhelfen, die nationale Frage im Kaukasus auf einer fortschrittlichen Grundlage zu lösen.

Es ist notwendig, in der Sowjetunion eine authentisch bolschewistische Partei wiederzuschmieden, die die Arbeiter dabei führt, die stalinistische Bürokratie auszuweichen und ein Regime zu errichten, das auf Sowjetdemokratie basiert, auf einer geplanten, egalitären Wirtschaft, auf Gleichheit zwischen den Völkern und auf proletarischem Internationalismus. Nur ein solches Programm kann die schöpferischen Energien *aller* sowjetischen Völker freisetzen und die brudermörderischen nationalen Konflikte überwinden, die jetzt in Gorbatschows Rußland toben.

*Auszüge übersetzt aus Workers Vanguard  
Nr. 494, 26. Januar*

# Stalin sabotierte Verteidigung der UdSSR

Leopold Trepper war der Chef der sowjetischen Spionage-Organisation „Rote Kapelle“, die in Westeuropa unter der Nazi-Besatzung operierte. Trepper und Richard Sorge, in Tokio, waren typisch für Anhänger der „Reiss-Fraktion“ im sowjetischen Staatsapparat, wie Trotzki sie nannte. Sie waren, wie auch Ignaz Reiss (ein GPU-Funktionär, der 1937 ermordet wurde, sechs Wochen nachdem er sich gegen Stalin und für Trotzki's Vierte Internationale ausgesprochen hatte), entsetzt über die Greuel des Stalinismus, blieben aber politisch paralysiert und begruben sich im sowjetischen Militär-Nachrichtenapparat. Sie setzten auf heldenhafte Weise ihr Leben aufs Spiel, um die UdSSR zu verteidigen. Aber Stalin, geblendet durch seinen Pakt mit Hitler, ignorierte ihre Informationen über den bevorstehenden Nazi-Überfall.

Der stalinistische Terror-Apparat behandelte Trepper und Sorge nicht anders als zahllose andere. Als Trepper im Januar 1945 nach Moskau zurückkehrte, wurde er gleich in die Lubjanka geworfen. Die sowjetische Regierung hatte sich geweigert, Sorge auszutauschen, nachdem er 1941 ins Netz gegangen war, und sie ließ es zu, daß die japanische Regierung ihn im November 1944 exekutierte. Trepper wurde erst nach Stalins Tod aus dem Gefängnis befreit.

Mit der Roten Kapelle in Berlin arbeitete nach 1939 die antifaschistische Widerstandsgruppe zusammen, die von Arvid Harnack und Harro Schulze-Boysen geführt wurde. Die Schulze-Boysen-Gruppe wurde von den Nazis im Sommer 1942 zerschlagen, und mehr als 50 wurden anschließend exekutiert, darunter auch ihre Führer.

Nachstehend drucken wir einen Auszug aus *Die Wahrheit* ab, Leopold Treppers Memoiren.

\* \* \*

Am 18. Dezember 1940 unterzeichnet Hitler die Weisung Nr. 21, besser bekannt unter dem Namen „Operation Barbarossa“. Der erste Satz dieses Plans sagt ausdrücklich: „Die deutsche Wehrmacht muß darauf vorbereitet sein, auch vor Beendigung des Krieges gegen England, Sowjetrußland in einem schnellen Feldzug niederzuwerfen.“ Die Zentrale wird sofort von Richard Sorge verständigt, der ihr eine Abschrift dieser Weisung übermittelt. Die Direktion des Geheimdienstes der Roten Armee erhält Woche für Woche neue Angaben über die Vorbereitungsmaßnahmen der Wehrmacht. Anfang 1941 schickt Schulze-Boysen der Zentrale genaue Angaben über die beabsichtigte Operation: massive Bombenangriffe auf Leningrad, Kiew, Wyborg, Zahl der zum Einsatz gelangenden Divisionen ... Im Februar übermittle ich einen ausführlichen Funkspruch mit der genauen Zahl der aus Frankreich und Belgien abgezogenen und nach dem Osten verlegten Divisionen. Im Mai lasse ich durch den sowjetischen Militärattaché in Vichy, General Susloparow, den vorgeschenen Angriffsplan übermitteln und gebe das ursprüngliche Datum, 15. Mai, an, dann die Änderung des Tages und das endgültige Datum. Am 12. Mai benachrichtigt Sorge Moskau, daß hundertfünfzig deutsche Divisionen entlang der Grenze bereitstehen. Am 15. Juni gibt er den 21. Juni als Datum für den Beginn der Operationen an; das Datum wird von Schulze-Boysen in Berlin bestätigt...

Dreißig Jahre nach Kriegsende hat Marschall Golikow in einer historischen sowjetischen Zeitschrift den Wert der erhaltenen Informationen offiziell bestätigt:

„Der sowjetische Nachrichtendienst hatte *rechtzeitig* die Termine und Daten des Angriffs gegen die UdSSR erfahren

und zur gelegenen Zeit Alarm gegeben ... Der Geheimdienst hat genaues Material hinsichtlich des Militärpotentials von Hitlerdeutschland, der genauen Ziffern der Streitkräfte, der Rüstungsmenge und der strategischen Pläne des Wehrmachtskommandos geliefert ...“

Marschall Golikow ist durchaus in der Lage, eine solche Erklärung abzugeben. Er war von Juni 1940 bis Juli 1941 Leiter des Nachrichtendienstes der Roten Armee. Vielleicht kann er, wenn der Generalstab so gut informiert war, die Gründe für die Katastrophe nach dem deutschen Angriff nennen. Wahrscheinlich ist die Antwort in der von Golikow am 20. März 1941 an seine Dienststelle gerichteten Note enthalten:

„Alle Dokumente, die behaupten, der Krieg stehe unmittelbar bevor, müssen als Fälschungen betrachtet werden, die aus britischen oder sogar deutschen Quellen stammen.“

Auf die wichtigsten Depeschen, die ihm Sorge, Schulze-Boysen oder Trepper schicken, schreibt Golikow an den Rand „Doppelagent“ oder „britische Quelle“ ...

Am 21. Juni erhalten wir durch Maximowitsch und Schulze-Boysen die Bestätigung, daß die Invasion für den nächsten Tag angesetzt ist. Es ist noch Zeit, die Rote Armee in Alarmzustand zu versetzen...

Ich ... bestehe darauf, daß Susloparow den Funkspruch abschickt. Am späten Abend kehre ich in mein Hotel zurück. Um vier Uhr morgens weckt mich der Hotelbesitzer mit dem Ruf: „Es ist soweit, Monsieur Gilbert, Deutschland hat den Krieg gegen die Sowjetunion begonnen!“

Am 23. Juni trifft Wolosiuk, der Luftwaffen-Attaché bei General Susloparow, in Vichy ein; er hat Moskau wenige Stunden vor Ausbruch des Krieges verlassen. Er erzählt mir, daß er vor seiner Abreise zum Direktor gerufen worden sei, der ihm eine Botschaft für mich mitgab:

„Sagen Sie Otto (so lautete mein Kodename), daß ich dem Obersten Chef die Informationen über den bevorstehenden deutschen Angriff übermittelt habe. Der Oberste Chef wundert sich, daß ein Mann wie Otto, ein alter Mitkämpfer, ein Mann des Geheimdienstes, sich durch die englische Propaganda irreführen läßt. Sie können ihm die feste Überzeugung des Obersten Chefs mitteilen, wonach der Krieg gegen Deutschland nicht vor 1944 beginnen wird ...“

Die „feste Überzeugung“ des Obersten Chefs Stalin sollte sehr teuer zu stehen kommen. Nachdem er 1937 die Rote Armee ihrer Köpfe beraubt hatte — was die Ursache der ersten Mißerfolge wurde —, lieferte der geniale Strategie die Armee den Hitlerhorden aus. In den ersten Stunden der deutschen Offensive verbietet er zurückzuschlagen — ungeachtet aller Beweise und weil er noch immer an eine Provokation glaubt... Das Ergebnis sind bombardierte Flugplätze, auf dem Boden zerstörte Flugzeuge; die deutschen Jäger beherrschen die Luft und verwandeln die russischen Ebenen in Panzerfriedhöfe. Die Führer der Armeekorps, denen Stalin verboten hatte, ihre Truppen in Alarmzustand zu setzen, erhalten am Abend des 22. Juni den Befehl, den Feind über die Grenzen zurückzuwerfen. In jenem Augenblick sind die Panzerdivisionen der Wehrmacht schon mehrere hundert Kilometer weit in sowjetisches Gebiet eingedrungen.

Es war das Opfer eines gegen den Eindringling erhobenen Volkes erforderlich, um das Los der Waffen umzukehren. Aber Stalins Fehler kostete Rußland Millionen Tote und verlängerte den Krieg. ■

## Arbeiterräte...

Fortsetzung von Seite 16

zu sagen: er „verteidigt das Volkseigentum“, fordert der Entwurf nur „demokratische Mitbestimmung in allen Eigentumsformen“. Einfach ausgedrückt, akzeptiert der FDGB-Gesetzesentwurf die Restauration des Kapitalismus!

Aber das Kapital will mehr: ein gewerkschaftsfreies Umfeld für die Ausbeutung. Bei den Autowerken in Eisenach, Teil des IFA-Kombinates, das ein Joint venture mit Volkswagen errichtet hat, will die Betriebsleitung auf Rat der westdeutschen Bosse einen „Betriebsrat“ nach Art des Westens. Bei einem Gespräch am „runden Tisch“ (der den Direktor, Vertreter politischer Parteien und die Betriebsgewerkschaftsleitung [BGL] umfaßt), wurde der BGL-Vorsitzende rausgeschmissen.

Die Zeitung der IG Metall kommentiert: „Manch ein Kombinatdirektor kehrt von einer Reise in den Westen zurück mit der Förderung, auch in ‚seinem‘ Betrieb müßten sofort ‚Betriebsräte‘ gewählt werden“ (*Metall*, 26. Januar). Ein Beispiel ist die Maschinenfabrik 7. Oktober in Bërlin, wo sich die Leitung auch einen handverlesenen „runden Tisch“/Betriebsrat gegen den FDGB schuf. Der Generaldirektor des Kombinats, Warzecha, der vor kurzem der SPD beitrug, denkt, 3000 Arbeitsplätze könnten gestrichen werden, und er sucht nach westlichen „Partnern“ (*Frankfurter Rundschau*, 16. Februar).

Es sind jedoch nicht nur Kapitalisten und Kombinatdirektoren, die nach Betriebsräten rufen. Ein Flugblatt der Initiative für eine Vereinigte Linke (VL) drängt: „Wählt Räte in den Betrieben“. Der Betriebsrat könne „zur Verwirklichung der demokratischen Rechte der Belegschaft“ dienen und zur „Kontrolle der Verhandlungen mit ausländischem Kapital“. Aber auf einer Betriebsrätekonferenz, zu der die VL-Initiativgruppe aufgerufen hatte, hatten Berichte über die realen Bedingungen der „Mitbestimmung“ in der Bundesrepublik eine „ernüchternde“ Wirkung, schreibt *Neues Deutschland* (5. Februar).

So dient der Aufruf zu Betriebsräten oft dazu, ein Programm für die Restauration des Kapitalismus zu ver-

schleiern. Dagegen ruft die Spartakist-Arbeiterpartei auf: „Arbeiter- und Soldatenräte an die Macht!“ In unserem „Offenen Brief an alle Kommunisten“ (*Arprekorr* Nr. 18, 12. Januar) schrieben wir: „Die SED-PDS schlägt jetzt vor, Betriebsräte zu bilden ‚bevor das Kapital kommt‘ (ND vom 11.1.). Die Spartakisten rufen auf, Arbeiter- und Soldatenräte zu bilden, um zu verhindern, daß das Kapital kommt!“

Viele Arbeiter fragen uns: Betriebsräte oder Arbeiterräte, was ist der Unterschied?

Betriebsräte dienen im besten Fall eher der Spaltung der Arbeiterklasse, statt zu ihrer Einheit beizutragen; sie beschränken die Arbeiter auf Fragen des einzelnen Betriebs. Wenn die westlichen Kapitalisten sich daran machen, gelbe „Gewerkschaften“ zu organisieren, dann tun sie das meist schrittweise von Betrieb zu Betrieb. Sogar diejenigen, die zu Betriebsräten in einer unabhängigen DDR, einem Arbeiterstaat, aufrufen, versuchen oft, eine Planwirtschaft zugunsten einer „Marktwirtschaft“ aufzugeben, in der jeder Betrieb auf sich allein gestellt ist. Und, wie auch Frau Prof. Dr. Christa Luft verlauten läßt, die „sozialistische Marktwirtschaft“ wird schnell zu einer „sozialen“ — so beschreibt sich der BRD-Kapitalismus selbst.

Westdeutschlands Betriebsräte sind schlicht und einfach Organe der Klassenkollaboration. Sie basieren auf der „Schweigepflicht“ und „Friedenspflicht“ im Interesse der reibungslosen Ausbeutung. Ihre Funktion ist, das reaktionäre Betriebsverfassungsgesetz durchzusetzen. Für die Ehre, am selben Tisch mit dem Klassenfeind zu sitzen, bekommen BR-Mitglieder von ihm einen Maulkorb verpaßt. „Geschäftsgeheimnisse“ müssen sie vor den Arbeitern verschweigen. Ihr „Recht“ der „Mitbestimmung“ besteht darin, den Arbeitern das Messer in den Rücken zu stoßen. Jeder Entlassung muß der Betriebsrat zustimmen. Werftarbeiter in Hamburg und Bremen, Stahlarbeiter von der Saar bis Rheinhausen wissen nur zu gut, wer der Schließung ihrer Betriebe „mitbestimmt“, zugestimmt, entschuldigt und den Arbeitern reingewürgt hat. Und genau in Rheinhausen hat der Betriebsrat monatelang den Arbeitern die Pläne der Bosse über Massenentlassungen verschwiegen.

### Abonniert jetzt!

Alle Abos enthalten *Spartacist* (deutsche Ausgabe), theoretisches und dokumentarisches Organ der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten), sowie *Spartakist Arbeiterpressekorrespondenz*

Volles Abo (8 Ausgaben)

- DM 10,— / 10 Mark     Ausland DM 15,—     Übersee Luftpost DM30,—  
 Einführungsabo (3 Ausgaben) DM4,— / 4 Mark

Name: \_\_\_\_\_

Straße: \_\_\_\_\_

PLZ: \_\_\_\_\_ Ort: \_\_\_\_\_

Land: \_\_\_\_\_ Tel: \_\_\_\_\_

Schreibt an / bestellt von: \_\_\_\_\_

#### Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands Spartakist-Gruppen

Postfach 21 07 50  
1000 Berlin 21  
Tel.: (0 30) 8 82 39 64

Verlag Avantgarde  
Postfach 11 02 31, 2000 Hamburg 11  
Tel.: (0 40) 32 36 44

Arbeiterräte dagegen sind in Zeiten des scharfen Klassenkampfes der arbeitenden Menschen entstanden. Sie können als Organe der revolutionären Macht dienen, um die Gesellschaft unter der Herrschaft des Proletariats neu zu organisieren. Diese Rolle spielten die russischen Arbeiterräte, die Sowjets, unter Führung der Bolschewiki, von Lenin und Trotzki, in der Oktoberrevolution 1917. Aber unter reformistischen/zentristischen Irreführern können Arbeiterräte, die die Staatsmacht an ein bürgerliches Parlament abgeben, ein Instrument zur Sicherung der Herrschaft der Kapitalisten sein. Das geschah in Deutschland nach dem November 1918 und führte zum Mord an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht.

Der Schlüssel ist die revolutionäre Führung.

### Betriebsräte und Arbeiterräte nach November 1918

Es ist lehrreich, sich die Geschichte von Arbeiterräten und Betriebsräten in Deutschland anzusehen. In zahlreichen Städten entstanden nach dem Kieler Matrosenaufstand im November 1918 Arbeiter- und Soldatenräte. In vielen Fällen wurden diese Räte von der USPD errichtet, unter deren Führern sich Kautsky und Bernstein befanden. Sie hatten sich unter dem Druck der Antikriegsstimmung unter den Massen halbherzig von der Mehrheits-SPD abgespalten. In Berlin waren die Gründer dieser Räte die Revolutionären Obleute, die in Verbindung zur USPD standen.

Am linken Flügel stand der Spartakusbund. Zwar hatte Liebknecht durch seine mutige Opposition gegen den Krieg eine immense moralische Autorität gewonnen, aber besonders Luxemburg hatte jahrelang als loyale linke Opposition der zunehmend reformistischen SPD- und später USPD-Spitzen gehandelt, statt eine unabhängige Partei aufzubauen, wie die Bolschewiki das im zaristischen Rußland getan hatten. Als dann die Revolution von 1918/19 ausbrach, war die Spartakusgruppe eine kleine, marginale Formation. Das bedeutete, daß sie nicht in der Lage war, ernsthafter Anwärter im Kampf um die Kontrolle der sprunghaft anwachsenden Arbeiter- und Soldatenrätebewegung zu sein.

Der Einfluß der Russischen Revolution als Funke für den Novemberaufstand war enorm. Ein Matrose des Kriegsschiffes „Markgraf“ erinnerte sich, wie die deutsche Hochseeflotte nach Kiel zurückkehrte, nachdem sie Befehle verweigert hatte, eine letzte Todesfahrt gegen die überlegene englische Flotte zu unternehmen: „Jedes Schiff, dem wir begegneten, begrüßten wir mit lauten Jubelrufen: ‚Es lebe Liebknecht! Nieder mit dem Krieg! Hoch Soldatenrat! Drei Hurrahs den Bolschewiki!‘“ (zitiert in Robert Rosentreter, *Blaujacken im Novembersturm*, 1988).

Ein Flugblatt des Spartakusbundes vom 8. November 1918 rief dazu auf, in Fabriken und Militäreinheiten Delegierte zu Arbeiter- und Soldatenräten zu wählen, und die gesamte Regierungsmacht müßte an diese Räte übergehen. Die wurden aber bald von den kaiserlichen Kriegssozialisten unter Ebert und Scheidemann übernommen, die auch an der Spitze der bürgerlichen Regierung der „Republik“ standen, die an die Stelle der Hohenzollern-Monarchie getreten war. Die „unabhängige“ USPD, weit davon entfernt, eine revolutionäre Opposition darzustellen, schloß sich anfangs der sozialpatriotischen Regierung an. Richard Müller, Führer der Revolutionären Obleute, schrieb dazu später:

„Die Partei hatte seit ihrer Gründung niemals Stellung genommen zu Fragen, die ein Aufstand oder gar ein Umsturz auf die Tagesordnung stellen mußten... Als politische Partei in der Revolution wirkte sie nicht nur hemmend, sondern

gab der anderen sozialistischen Partei die Kraft zur gegenrevolutionären Politik.“ (*Die Novemberrevolution*, 1924)

Auf dem ersten Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte im Dezember 1918 gab es nur eine Handvoll revolutionärer Delegierter. Liebknecht sprach zu einer Menge von Zehntausenden, die sich draußen versammelte, und erklärte: „Wir verlangen von dem Kongreß, daß er die volle politische Macht zwecks Durchführung des Sozialismus in die Hand nimmt und die Macht nicht einer Nationalversammlung überträgt, die nicht ein Organ der Revolution sein würde.“ Aber es wurde ihm und Luxemburg nicht erlaubt, auf dem Kongreß zu sprechen, der die Macht der SPD-Regierung aushändigte, bis zur Wahl eines Parlamentes.

Mit diesem Mandat begann das Ebert-Scheidemann-Regime, mit der Unterdrückung Ernst zu machen. „Verteidigungsminister Noske konspirierte mit dem General Gröner, um die Freikorps eingreifen zu lassen, Vorläufer von Hitlers SA. Luxemburg und Liebknecht wurden ermordet während der blutigen Niederschlagung des Spartakusaufstandes vom Januar 1919. Als der konterrevolutionäre Terror sich ausweitete, entfachte er einen Bürgerkrieg, der sich vom Rheinland nach Sachsen, nach Berlin und München ausdehnte. 30 000 starben. Die Soldatenräte wurden aufgelöst. Die Regierung wollte auch die Arbeiterräte loswerden, hatte aber Angst, das zu tun: sie standen nun unter Kontrolle der Unabhängigen, die viele empörte SPDler um sich geschart hatten. Die verfolgte Kommunistische Partei wuchs auch.

Das „sozialistische“ Regime beschränkte stattdessen die Räte darauf, „wirtschaftliche Interessenvertreter“ auf Betriebsebene zu sein. Das wurde im Betriebsrätegesetz von 1920 festgeschrieben. In der Einführung zu dem Gesetz hieß es unmißverständlich, Betriebsräte seien da zur Förderung „der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen der Arbeitnehmer (Arbeiter und Angestellten) dem Arbeitgeber gegenüber und zur Unterstützung des Arbeitgebers in der Erfüllung der Betriebszwecke.“ Der Kampf spitzte sich im Januar 1920 zu, als das Betriebsrätegesetz in die zweite Lesung ging.

USPD, KPD und die Führung der Betriebsräte riefen für den 13. Januar zu einem Massenprotest auf, sie gaben ein Flugblatt heraus, das zum Kampf „für das revolutionäre Rätssystem“ aufrief. Zehntausende Arbeiter strömten vor dem Reichstag zusammen. Und wieder ließ Noske die Maschinengewehre der Soldateska auf die friedlichen Demonstranten feuern. Die Zahl der Opfer: 42 Tote und 105 Verwundete. Der sozialdemokratische Kanzler Bauer sagte am nächsten Tag: „Es wurde spät, fast zu spät von der Waffe Gebrauch gemacht.“ Das blutgetränkte Gesetz wurde in Kraft gesetzt.

Trotzdem gelang es der KPD durch die Vereinigung mit dem linken Flügel der Unabhängigen auf dem Kongreß in Halle 1920, in den Betriebsräten Einfluß zu gewinnen. 1923 argumentierte Trotzki gegen Sinowjew, die existierenden Räte sollten als Basis für revolutionäre Aktion benutzt werden, anstatt künstlich Sowjets zu errichten, die sofort von der Regierung angegriffen werden würden. 1931, als mitten in der ultralinken Dritten Periode der KPD die Stalinisten zu Räten aufriefen, um einen bewaffneten Aufstand zu organisieren, erinnerte sich Trotzki an die frühere Auseinandersetzung:

„Die Räte sind nur eine Organisationsform, entscheidend ist aber der Klasseninhalt der Politik, nicht seine Form. In Deutschland hat es Räte gegeben, die für Ebert-Scheidemann waren. In Rußland griffen im Juli 1917 die versöhnlerischen Sowjets Arbeiter und Soldaten an... Als ich im Herbst 1923 gegen Stalin und andere die dringende Notwendigkeit verteidigte, zur revolutionären Offensive überzugehen, kämpfte ich gleichzeitig dagegen, in Deutschland neben den Betriebs-

räten, die faktisch schon anfangen, die Rolle von Arbeiter-räten zu spielen, auf Kommando ‚Sowjets‘ zu schaffen. Vieles spricht dafür, daß die Betriebsräte in Deutschland auch beim jetzigen revolutionären Aufschwung — in einem bestimmten Stadium ihrer Entwicklung — die Funktion von Sowjets übernehmen und sie ersetzen können.“ (L. D. Trotzki, „Über Arbeiterkontrolle der Produktion“, 20. August 1931)

Heute lesen wir in *Neues Deutschland* (13./14. Januar): „Trotz der für viele Arbeiter enttäuschenden Form des Gesetzes erwiesen sich die Betriebsräte in der Weimarer Republik in vielfacher Hinsicht als wirksame Instrumente zur Durchsetzung von Arbeiterinteressen.“ Dies ist nicht Trotzki's Argument, daß die Form der Betriebsräte von Revolutionären trotz des reaktionären Inhalts des Gesetzes genutzt werden kann, sondern es ist ein Versuch, Arbeiter in der DDR weiczukneten für ein neues Betriebsrätegesetz, das Hand in Hand mit der Wiedereinführung kapitalistischer Ausbeutung gehen soll!

### Betriebsräte bei der Geburt der DDR

ND erwähnt die Wiederbelebung der Betriebsräte nach dem Zweiten Weltkrieg. Die Initiative für eine Vereinigte Linke sagt, die 1945 gegründeten Räte „erfüllten wichtige Aufgaben bei dem Wiederaufbau der zerstörten Wirtschaft, bei der Interessenvertretung der Arbeiter und bei der Zerschlagung der faschistischen Machtstrukturen“. Aber, „bis 1950 wurden die Betriebsräte in unserer Gesellschaft erneut abgeschafft, um den administrativ kommandierenden Leitungsstil auch in der Wirtschaft voll durchsetzen zu können“. Wie also war das mit den Betriebsräten in der Periode nach dem Zweiten Weltkrieg?

Sowohl im Osten als auch im Westen entstanden 1945 fast sofort sprunghaft Betriebsräte. In der Zone, die unter der Sowjetischen Militärverwaltung (SMAD) stand, führte dies zu spontanen Enteignungen von Betrieben, die von ehemaligen Nazis geführt wurden oder von anderen, die nach Westen geflohen waren. Unter Führung von Arbeiterkämpfern der KPD und der SPD säuberten die Räte das Management und machten die Betriebe schnell wieder funktionsfähig. Formal stellte die SMAD viele Betriebe unter Treuhänderschaft, aber zum Beispiel in Sachsen waren fast die Hälfte der Treuhänder Arbeiter (Siehe Dietrich Staritz, *Sozialismus in einem halben Land*, 1976).

Das Betriebsgesetz des Alliierten Kontrollrates von 1946 ging nicht über den Rahmen der Gesetzgebung der Weimarer Republik hinaus. Aber in 14 000 Fabriken der sowjetischen Besatzungszone, die mehr als zwei Drittel der Arbeiter beschäftigten, gaben Absprachen auf Fabrikebene den Räten eine weitgehende Machtstellung in der Produktion. Der Kohlebergbau wurde schon 1945 unter staatliche Verwaltung gestellt, und Mitte 1946 wurde nach einem Volksentscheid in Sachsen die formelle Enteignung der Nazis und Kriegsverbrecher durchgeführt. Bis 1947 waren 56 Prozent der gesamten Produktion in VEBs oder in Sowjetisch-Deutschen Gemeinschaftsbetrieben (SAGs) organisiert.

In diesen ersten Jahren, vor der gesetzlichen allgemeinen Enteignung der Bourgeoisie und vor der zentralen Planung, führten mehr oder weniger die Betriebsräte die Fabriken. Dies in einer Situation, in der ein großer Teil des Handels im „grauen Markt“ der „Kompensationsgeschäfte“ bestand — d. h. Tauschhandel. So tauschten zum Beispiel die Leuna-Werke Waggon voll Dünger gegen Kartoffeln und Gemüse. Das verhinderte Hunger, führte aber auch dazu, daß sich die Arbeiter auf Hamsterkäufe konzentrierten — wohl kaum ein Modell für ein stabiles Wirtschaftssystem.

Mehr als die Hälfte der Führer der Betriebsräte waren Mitglieder der fusionierten Sozialistischen Einheitspartei (SED), gegründet 1946. Als Teil der Gleichschaltung der SED, um sie zu einem gehorsamen Instrument der stalinistischen bürokratischen Herrschaft zu machen, starteten von 1948 an Ulbricht und seine Lakaien eine Kampagne gegen „Gleichmacherei“ in den Betrieben, sie prangerten Betriebsräte für Lohnerhöhungen an und dafür, daß jedermann in der Fabrik das gleiche Essen bekam. Die Räte wurden aufgelöst, indem man sie der örtlichen Gewerkschaftsführung angliederte.

Bis 1950 waren drei Viertel der Industrieproduktion nationalisiert; der erste Fünfjahresplan wurde eingeführt. Das waren historische Errungenschaften. Aber sie wurden durchgeführt durch Verstärkung der bürokratischen Kontrolle über die Arbeiterklasse. Das neue Arbeitsgesetz erklärte, von nun an würde „das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter und Angestellten ... durch die demokratischen staatlichen Organe verwirklicht“. Und die nationalisierte Industrie wurde per Gesetz verpflichtet zur „Erfüllung und Übererfüllung der Planaufgaben“.

Diese Verschärfung der Arbeitsnormen und die Erstickung der Arbeiterdemokratie trugen in großem Ausmaß dazu bei, den Arbeiteraufstand vom 17. Juni 1953 anzufachen.

### „Mitbestimmungs“schwindel in der BRD

In den westlichen Besatzungszonen war 1945 die Stimmung unter den Arbeitern nicht sehr verschieden von der im Osten. „Betriebsausschüsse und Betriebsräte füllten den machtfreien Raum aus, der durch die Internierung belasteter Unternehmer“ entstanden war (Ute Schmidt, Tilman Fichter, *Der erzwungene Kapitalismus: Klassenkämpfe in den Westzonen 1945—48*, 1971). Im November 1945 forderten die Betriebsräte und Betriebsausschüsse der KPD und SPD in Essen ebenso wie der Bürgermeister die britische Militärregierung auf, den Krupp-Konzern entschädigungslos zu enteignen. Die Briten weigerten sich.

1946 gehörten mehr als 70 Prozent der Mitglieder der Betriebsräte im Kohlebergbau, konzentriert im Ruhrgebiet, zur Kommunistischen Partei. Die Bergarbeiter waren wütend über die Politik der Militärregierung, Nahrungsmittellieferungen absichtlich zu begrenzen — und damit die Bevölkerung auszuhungern —, um Doppelschichten zu erzwingen. Bei den Landesparlamentswahlen im April 1947 in Nordrhein-Westfalen bekam die KPD 14 Prozent der Stimmen.

Im Dezember forderte ein Volksentscheid in Hessen die Vergesellschaftung von Kohle, Eisen und Stahl, von elektrischer Energie und Eisenbahntransport, sowie staatliche Überwachung oder Verwaltung der Banken und Versicherungsgesellschaften. Aber im Gegensatz zur SMAD, die sechs Monate zuvor den Volksentscheid zur Enteignung in Sachsen in die Tat umgesetzt hatte, verbot die amerikanische Militäradministration jede Vergesellschaftung.

Im Frühjahr 1947 gab es zahlreiche Streiks im Ruhrgebiet, die ein Ende der Hungerpolitik und das öffentliche Eigentum an Kohle und Stahl forderten. Ende März beteiligten sich über eine halbe Million Arbeiter an ein- und zweitägigen Arbeitsniederlegungen. Als die Streikwelle anstieg, erklärte die US-Militärverwaltung in Hessen, Streiks, die „in irgendeiner Form die Forderungen oder Pläne der Besatzungsmacht gefährden würden, werden nicht toleriert werden“, und sie drohte mit Anwendung der Todesstrafe.

Als Antwort darauf tat die KPD ... nichts. Anstelle von vereinten Massenstreiks rief sie zu örtlichen Aktionen auf.

Schmidt und Fichter schreiben: „Die Zurückhaltung der KPD nach dem Streikverbot der Westalliierten muß im Rahmen der Stillhaltepolitik der westlichen kommunistischen Parteien angesehen werden“, und diese Politik bringen sie richtigerweise in Zusammenhang mit der Politik einer „Volksfront“.

Die sozialdemokratische zukünftige Führung des westdeutschen Gewerkschaftsverbandes unter Hans Böckler verabschiedete eine Anti-Streik-Resolution. Kurz darauf akzeptierten sie den Marshall-Plan. Dabei wußten sie wohl: akzeptierten sie einmal Kredit, so hieß dies, alle Pläne über „Vergesellschaftung“ der Industrie zu vergessen. 1948 befahl die IG Metall den Ausschluß aller Mitglieder des FDGB und der Kommunistischen Partei. Infolge dessen fiel die Zahl von KPD-Mitgliedern in den Betriebsräten 1950 auf 25 Prozent.

Als Ausgleich für ihre Hexenjagd und Streikbrecherarbeit im Namen der Klassenkollaboration wollten die SPD/DGB-Spitzen einen rechtmäßigen Platz am Tisch des kapitalistischen Banketts bekommen. Dies sollte in Form der paritätischen Mitbestimmung geschehen, wie sie schon in der Bergbauindustrie eingeführt worden war, wo eine gleiche Anzahl von Vertretern der Gewerkschaften und des Managements in den Aufsichtsräten saßen.

Aber die Christdemokraten unter Konrad Adenauer und seinem „Wirtschaftswundermann“ Ludwig Erhard hatten so was nicht vorgesehen in ihrer „sozialen Marktwirtschaft“. Dies ist eine Formel, die jetzt von Prof. Dr. Christa Luft aufgenommen wurde, die gern die kollektive Planwirtschaft der DDR liquidieren möchte. Tatsächlich planten sie am Ende der Militärbesatzung, die Eisen- und Stahlindustrie wieder an ihre früheren Eigentümer zurückzugeben und eine vollkommen zahnlose „Mitbestimmung“ einzuführen, in der die Vertreter der Arbeiter eine machtlose Minderheit wären.

Und genau das geschah auch. Als 1950/51 die IG Metall und die IG Bergbau wegen der „Mitbestimmung“ mit Streik drohten, schickte Adenauer an Böckler einen Brief, der besagte, daß Streiks mit dem Ziel, das Parlament zu beeinflussen, verfassungswidrig seien. Und als im Juli 1952 das Betriebsverfassungsgesetz vor den Bundestag kam, plusterten sich die DGB-Spitzen anfänglich ein paarmal auf und gaben dann klein bei. Die Betriebsräte und ihr „Mitspracherecht“ dienen nur dazu, die Gewerkschaften nur noch fester an die Bosse zu binden. Im März 1984 zogen wir im *Spartakist* (Nr. 49) eine Bilanz der Geschichte dieser Instrumente des Kapitals:

„Das Betriebsverfassungsgesetz wurde 1920 gegen die Arbeiterräte der deutschen Revolution geschaffen, um sie durch Friedenspflicht und Schweigepflicht zu Räten der Kapitalisten gegen die Arbeiter zu machen. Nachdem die Nazis 1933 die Gewerkschaften und Arbeiterparteien zerschlagen hatten, bedienten sie sich 1934 einer Neuauflage gleicher Machart zum Zwecke der Klassenkollaboration. Und das heutige Gesetz besiegelte 1952 das Ende einer Welle von Arbeiterkämpfen nach dem Zweiten Weltkrieg und bedeutet die Unterwerfung der Gewerkschaften gegenüber dem bürgerlichen Staat. Das arbeiterfeindliche Betriebsverfassungsgesetz muß weg. Und dessen Vollstrecker innerhalb der Gewerkschaft, die Bürokraten, müssen gefeuert werden. Die Arbeiterklasse braucht eine klassenkämpferische Gewerkschaftsführung und eine revolutionäre Partei!“

Heute in der DDR rufen Kräfte, die den Kapitalismus restaurieren wollen, nach Betriebsräten, um die Gewerkschaften und ehemalige SED-Mitglieder aus den Fabriken hinauszusüßeln. Aber auch Linke, die syndikalistische Träume über „Selbstverwaltung“ in einer „sozialistischen Marktwirtschaft“ hegen, rufen zu Betriebsräten auf. „Un-

abhängige Gewerkschaften“ wiederum reden davon, „wirkliche Arbeiterräte“ aufzubauen und sich gegen den Ausverkauf der Betriebe zu stellen, akzeptieren aber die Restauration des Kapitalismus. Offensichtlich kann es eine ganz gegensätzliche Bedeutung haben, wenn sehr unterschiedliche politische Kräfte über Räte sprechen.

Das entscheidende Element ist eine revolutionäre Führung, eine bolschewistische Partei, mit einem Programm, eine *Arbeiterrätemacht* zu schaffen. Die Werktätigen brauchen keine inhaltslosen Beratungen, sondern die Entscheidungsmacht, nicht über rein örtliche oder Betriebsfragen, sondern über die fundamentalen Fragen und den Weg der Gesellschaft als Ganzes.

Heute geht es in der DDR um Revolution oder Konterrevolution. Unter einer revolutionären Führung können Betriebsräte das Instrument dazu sein, eine *Doppelherrschaft auf Betriebsebene* zu errichten, um *Arbeiterkontrolle der Produktion* auszuüben. Dies kann entscheidend dafür sein, einen Ausverkauf der kollektivierten Industrie zu stoppen und die Versorgung aufrechtzuerhalten angesichts der konzertierten Kampagne der Kapitalisten, Chaos zu stiften.

Solche Räte können die Gründung von Arbeiterverteidigungsgruppen in die Hand nehmen, um verfolgte Arbeiter zu schützen, um Aktionen der Arbeiter wie Streiks und Fabrikbesetzungen zu schützen und um eine kapitalistische Übernahme zu verhindern. Sie können das Sprungbrett dafür sein, wirkliche *Arbeiter- und Soldatenräte* aufzubauen, die in den Fabriken und Kasernen gewählt werden und jederzeit abwählbar sind, damit sie einen revolutionären Kampf führen und eine revolutionäre Arbeiterregierung organisieren.

Wie Rosa Luxemburg nach dem 9. November 1918 schrieb:

„Eine solche Ausrüstung der kompakten arbeitenden Volksmasse mit der ganzen politischen Macht für die Aufgaben der Revolution, das ist die Diktatur des Proletariats und deshalb die wahre Demokratie. Nicht wo der Lohnsklave neben dem Kapitalisten, der Landproletarier neben dem Junker in verlogener Gleichheit sitzen, um über ihre Lebensfragen parlamentarisch zu debattieren, dort, wo die millionenköpfige Proletariermasse die ganze Staatsgewalt mit ihrer schwierigen Faust ergreift, um sie wie der Gott Thor seinen Hammer den herrschenden Klassen aufs Haupt zu schmettern, dort allein ist die Demokratie, die kein Volksbetrug ist.“ (Rosa Luxemburg, *Was will der Spartakusbund?*, Dezember 1918)

Übersetzt nach Workers Vanguard  
Nr. 496, 23. Februar

## Spendet für den 3-L-Fonds!

Der Ausgang der sich entfaltenden proletarisch-politischen Revolution in Deutschland steht auf der Kippe. Spenden von Internationalisten werden dringend gebraucht, um die entscheidende Intervention bewußter Leninisten voranzutreiben. Überweisungen an:

Konto der Spartakist-Gruppen  
Sparkasse der Stadt Berlin  
Konto-Nr. 6652-40-700-955  
Kennwort „3-L“

F. Zierenberg  
Konto-Nr. 2 119 766 00  
BLZ 500 800 00  
Dresdner Bank, Frankfurt/Main

# SPARTAKIST



Walter Gircke

Proletarische Massendemonstration in Berlin, Dezember 1918, fordert: „Alle Macht den Arbeiter- und Soldatenräten“. Revolutionäre Führung ist der Schlüssel zur Rätemacht

## Wie die SPD die Rätemacht sabotierte DDR: Für Arbeiterräte – Stoppt den Ausverkauf!

*Die Spartakist-Arbeiterpartei kämpft für „Arbeiter- und Soldatenräte an die Macht!“ in der DDR. Dabei werden wir oft nach dem Unterschied gefragt zwischen Betriebsräten und dem revolutionären Aufruf zu Arbeiterräten (Sowjets). Die folgende Antwort greift diese Fragen auf.*

Zunehmend hören wir Aufrufe für die Bildung von Betriebsräten in der DDR. Oftmals steht dies in Verbindung mit der Ankunft kapitalistischer Firmen aus dem Westen. Der PDS-Vorsitzende Gregor Gysi sagte am 7. Januar in einem Referat zum Auftakt der Wahlkampagne, „Mitbestimmung der Werktätigen“ sei im Falle von „Joint ventures“ notwendig, und Betriebsräte seien eine Form der „Demokratisierung der Wirtschaft“.

Im Gegenteil, hier geht es um den Ausverkauf unserer Wirtschaft, unserer VEBs, der Arbeiter, der DDR.

Das kam klar zum Ausdruck in dem Verfassungszusatz, der die Gründung von „Unternehmen mit ausländischer Beteiligung“ erlaubte, der wortwörtlich Gysis Aufruf zu

„Mitbestimmung der Werktätigen an der Leitung der Unternehmen“ enthielt. Sogar ein Spitzengeschäftsmann wie AEG-Boß Heinz Dürr sagte auf einer IG-Metall-(West)-Konferenz, das Betriebsrätegesetz der Bundesrepublik sei „eine feine Sache“ und sollte so schnell wie möglich in der DDR eingeführt werden (*taz*, 2. Februar).

Auf dem FDGB-Kongreß Anfang Februar applaudierte ein Teil der Delegierten während viele andere bestürzt waren über die Ankündigung einer Erklärung von Premierminister Modrow, die die Existenz der DDR zugunsten eines „einigen Vaterlands“ preisgab. Betriebsräte, wie sie die Wirtschaftsministerin Luft vorschlug, wurden als Unterminierung der Gewerkschaften angesehen. Es wurde mit einem Generalstreik gedroht, um die Volkskammer dazu zu zwingen, vor den Wahlen am 18. März ein neues Fabrikgesetz zu verabschieden.

Der Gesetzentwurf des FDGB fordert das Streikrecht und das Recht auf Arbeit und Vollbeschäftigung. Aber anstatt

*Fortgesetzt auf Seite 12*